

Anmerkungen

¹ Der Befehl Nr. 193 der SMAD vom 6. 8. 1947 bestimmte die juristische Ausbildung von 350 Personen in einjährigen Lehrgängen. § 4 lautete: „Die Absolventen der juristischen Lehrgänge sind berechtigt, das Amt eines Richters, Staatsanwalts, Rechtsanwalts oder ein anderes Amt bei den Gerichten oder Staatsanwaltschaften zu bekleiden.“ („SBZ von 1945–1954“, herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 58).

² Die Lage war in den westlichen Besatzungszonen nicht besser. Vgl. „Der Spiegel“ Nr. 13 vom 29. 3. 1947, S. 14: „Keine Stadt in Westdeutschland hat in der letzten Zeit die zugesagten 1550 Kalorien erhalten. Durchschnittlich wurden in der letzten Zuteilung in Köln 746, Gelsenkirchen 971, Bochum 1122, Duisburg 1190 und Essen 1240 Kalorien täglich ausgeteilt.“

³ Vgl. Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1984, S. 164 f.

⁴ Schollwer entnahm diese Zahl einer Zeitungsnotiz (bei seinen Unterlagen ohne Titel und Datum, vermutlich September 1947). „Der Spiegel“ gibt für Berlin 110 Fälle von Kinderlähmung an, davon 15 tödliche. Vgl. „Der Spiegel“ Nr. 34 vom 23. 8. 1947, S. 22.

⁵ Vgl. Bundesgeschäftsstelle der FDP (Hg.), Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949. Eine Dokumentation zur Sonderausstellung der F. D. P.-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude, zusammengestellt und kommentiert von Karl-Heinz Grundmann unter Mitarbeit von Dieter Hein, Bonn 1978, S. 38.

⁶ Vgl. „SBZ von 1945–1954“ (wie Anmerkung 1), S. 43 und 44 sowie Grundmann (wie Anmerkung 5), S. 52.

⁷ Die Konferenz der Ministerpräsidenten fand am 6. und 7. Juni 1947 in München statt. Die Ministerpräsidenten der SBZ verließen die Konferenz bereits nach der Vorbesprechung am Abend des 5. Juni, weil man sich über die Tagesordnung nicht verständigen konnte.

⁸ Abkürzung für das russische Ministerium für Innere Angelegenheiten, das, 1946 gebildet, die Aufgaben des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) weiterführte, dem als wichtigstes Ressort die GPU angegliedert war, die politische Staatspolizei der UdSSR. Die GPU war seit 1944 unter der Bezeichnung MWD dem Ministerium des Innern angegliedert und firmierte ab 1953 als KGB und Zentrale der Spionageabwehr und des Geheimdienstes im Ausland. Der Institutionen-Wirrwarr führt dazu, daß in Schollwers Tagebuch der sowjetische Geheimdienst abwechselnd mit GPU, NKWD, MGB oder MWD bezeichnet wird.

⁹ Diese Angaben entstammen der Mitgliederliste des Kreisverbands Potsdam vom 13. 4. 1948 und der „Liste der jugendlichen Mitglieder“ des KV Potsdam (o. D.) bei den Akten des Verfassers.

¹⁰ Die „Deutsche Demokratische Partei“ (DDP) wurde im November 1918 gegründet, verband sich 1930 mit der „Volksnationalen Reichsvereinigung“ und dem „Jungdeutschen Orden“ zur „Deutschen Staatspartei“. Ihre 5 Reichstagsabgeordneten Hermann Dietrich, Theodor Heuss, Ernst Lemmer, Heinrich Landahl und

Reinhold Maier stimmten im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zu. Im Juni 1933 löste sich die „Deutsche Staatspartei“ auf.

¹¹ Die „Deutsche Volkspartei“ (DVP) wurde im Dezember 1918 gegründet. Maßgeblich an der Gründung beteiligt war der spätere Außenminister Gustav Stresemann. Im März 1933 stimmten ihre 2 Abgeordneten Eduard Dingeldey und Otto Hugo dem Ermächtigungsgesetz zu. Die DVP löste sich im Juli 1933 auf.

¹² Grundlage der Tätigkeit der Sequesterausschüsse war u. a. der Befehl Nr. 124 der SMA „betr. Auferlegung der Sequestration und Übernahme in zeitweilige Verwaltung einiger Vermögenskategorien“ vom 30. Oktober 1945. Der Befehl Nr. 201 vom 16. August 1947 verpflichtete unter Punkt 5 die deutschen Verwaltungsorgane, „keine Beschlagnahmen, Sequestrierungen des Eigentums und Zwangsausweisungen aus Wohnungen ehemaliger Faschisten anders vorzunehmen als auf Grund von Verfügungen gerichtlicher und entsprechender Verwaltungsorgane“. Ein Exemplar des Befehls befindet sich bei den Akten Schollwers: AdL 6947-1, S. 65.

¹³ Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist die „einheitliche gewerkschaftliche Organisation für alle Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz in der DDR“. Er wurde im Februar 1946 gegründet.

¹⁴ Die Freie Deutsche Jugend ist die einzige zugelassene Jugendorganisation der DDR. Die FDJ wurde im März 1946 gegründet. Andere Jugendorganisationen wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht nicht zugelassen, auch keine Jugendverbände der nichtkommunistischen, sowjetisch lizenzierten Parteien.

¹⁵ Der Demokratische Frauenbund (DFD) wurde im März 1947 als Massenorganisation aller Frauen in der DDR gegründet.

¹⁶ Die Parteien in allen Besatzungszonen mußten für die jeweils zuständige alliierte Behörde Berichte über Parteiversammlungen, Mitgliederbewegungen u. ä. machen. Heute sind diese Berichte eine wichtige Quelle zur Geschichte der Jahre 1945–1949. Die Monatsberichte des LV Brandenburg wiesen folgende Gliederungspunkte auf: Organisation, Versammlungstätigkeit, Antifaschistische Tätigkeit, Stimmungsbericht.

¹⁷ Der Kontrollrat setzte sich aus den Oberbefehlshabern der vier Besatzungszonen zusammen und übte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland aus.

¹⁸ Es ließ sich nicht ermitteln, um welche Äußerungen es sich hier gehandelt hat.

¹⁹ Sowjetische Militäradministration in Deutschland, die sowjetische Verwaltungsspitze in der SBZ, residierte in Karlshorst. In allen Ländern der Zone gab es entsprechende Dienststellen in den Landeshauptstädten, z. B. in Potsdam. Die SMA bzw. SMAD wurde am 11. 11. 1949 nach der Bildung des ersten Kabinetts Grotewohl aufgelöst. An ihre Stelle trat die Sowjetische Kontrollkommission (SKK). Deren Aufgabe bestand offiziell in der Kontrolle der Durchführung der „Potsdamer Beschlüsse“ und der anderen von den vier Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland.

²⁰ Tags darauf, am 7. April, berichtete der „Tagesspiegel“ über die Flucht Kunzes und behauptete, Külz selbst habe Kunze veranlaßt, den Landesvorsitz an Koerber abzugeben. „Der Morgen“ wies am 9. April unter der Überschrift „Der Fall Kunze“ diese Darstellung zurück und erklärte, der Rücktritt Kunzes sei „schließlich als Konsequenz von Beschlüssen der Landtagsfraktion und des Landesvorstandes der LDP in Brandenburg“ erfolgt.

²¹ „Transmissionsriemen“ = Bezeichnung für kommunistische Massenorganisationen, eine Anspielung auf Lenins Forderung, umfassende Massenorganisationen

zu bilden, mit deren Hilfe der Wille der kleinen Elitepartei (KPdSU) in die breiten Schichten der Bevölkerung zu übermitteln sei.

²² Nach dem Tode des Dr. Külz wurde die LDP bis zum Parteitag im Frühjahr 1949 in Eisenach von einem Direktorium geleitet, dem Arthur Lieutenant, Prof. Hermann Kastner, Leonhard Moog und Dr. Erich Damerow angehörten.

²³ Im „Morgen“ vom 2.4.1948 hatte Külz unter der Überschrift „Rechtsstaat und Sequestrierungen“ gefordert, „daß das Verfahren der Sequestrierung und der Beschlagnahme nach strengsten Rechtsgrundsätzen erfolgen“ müsse. Unbedingt zu verwerfen sei der „Rückfall in die Sippenhaft nazistischer Zeit“. Es sei vielleicht die Hoffnung berechtigt, „daß unsere Bedenken bei den Stellen, die es angeht, nicht ungewürdigt bleiben. Die letzte Entscheidung liegt bei der Sowjetmacht“.

²⁴ SEP = Sozialistische Einheitspartei: so bezeichnete die SPD in West-Berlin die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, im April 1946 aus dem Zusammenschluß von SPD und KPD entstanden). Sie wollte mit dieser Bezeichnung jeden Anspruch der SED, für die Sozialdemokraten ganz Deutschlands zu sprechen, zurückweisen.

²⁵ Das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) war am 12./13.7.1943 in der Nähe von Moskau gegründet worden. Ihm gehörten kommunistische Emigranten und kriegsgefangene deutsche Offiziere und Soldaten der Stalingrad-Armee an. Das Komitee veröffentlichte ein Manifest, in dem zum Widerstand gegen Hitler und zur sofortigen Beendigung des Krieges aufgerufen wurde. Präsident des Komitees war der Schriftsteller Erich Weinert; das Komitee gab eine Zeitung heraus und leitete einen Sender – beides unter dem Titel „Freies Deutschland“. Es wurde im November 1945 aufgelöst.

²⁶ Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) wurde 1945 gegründet. Sie verstand sich als überparteiliche Organisation und war in allen 4 Besatzungszonen aktiv. Im Mai 1948 legte die SPD ihren Mitgliedern den Austritt nahe, weil der Verband ihrer Meinung nach immer mehr unter kommunistischen Einfluß geriet.

²⁷ Das „Werk der Jugend“ war am 18.8.1946 zur sozialen und beruflichen Förderung von Jugendlichen gegründet worden. Träger der Organisation waren die FDJ, die Blockparteien, der FDGB, Vertreter der Kirchen sowie der Jugendämter.

²⁸ Auf der Weimarer Tagung des Hauptausschusses am 6.1.1948 war es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Schwennicke-Gruppe und dem Zonenvorstand über den künftigen Kurs der Partei in der Ostzone und damit zugleich über die Politik des Parteivorsitzenden Külz gekommen. S. auch Anmerkung 82.

²⁹ Was die Sowjets mit der Aktivistenliste bezweckten, war nicht zu erfahren. Wahrscheinlich hat sich diese Sache im Sande verlaufen.

³⁰ Marshall-Plan: Wirtschaftshilfe der USA für Westeuropa – unter Voraussetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten. Benannt nach dem ehemaligen amerikanischen Außenminister George Catlett Marshall. Der Marshall-Plan trat am 3. April 1948 in Kraft. Im Rahmen dieses Planes haben die USA bis 1952 Güter und Schiffsfrachten für Europa im Wert von 13 Milliarden Dollar finanziert und damit den Wiederaufbau Westeuropas ermöglicht. Die Staaten des kommunistischen Blocks mußten auf sowjetischen Druck hin die ihnen ebenfalls von den USA angebotene Wirtschaftshilfe ausschlagen. SBZ-Slogan: „Wir brauchen keinen Marshall-Plan, wir kurbeln selbst die Wirtschaft an!“

³¹ Der Befehl der SMAD Nr.64 vom 17. April 1948 verfügte die Beendigung der Sequesterverfahren in der SBZ und die Auflösung aller zentralen und örtlichen

deutschen Kommissionen für Sequestrierung und Beschlagnahme. Die SMAD entsprach damit einer Bitte der Deutschen Wirtschaftskommission vom 30. März 1948.

³² „Räum-Bootfahrer“: Bezeichnung für die Besatzung von Booten zum Aufspüren und Beseitigen von Minen.

³³ Es muß sich um eine „Ente“ handeln. Es war nirgendwo eine Bestätigung für diese Meldung zu finden.

³⁴ An dem Volksbegehren konnten Jugendliche ab 14 Jahren teilnehmen. Vgl. Anmerkung 43.

³⁵ Die Quelle ließ sich nicht ermitteln.

³⁶ Die vom Landesverband Brandenburg zu Beginn des Jahres 1949 herausgegebenen „Statistischen Vergleiche“ weisen aus, daß am 1.2.1949 der Kreisverband Ruppiner mit 1576 Mitgliedern an der Spitze, der Kreisverband Spremberg mit 60 Mitgliedern am Schluß der Liste der brandenburgischen Kreisverbände stand. Bei den Landtagswahlen am 20.10.1946 hatten die Kreisverbände Beeskow-Storkow und Cottbus-Stadt mit 42,6% bzw. 40,4% Stimmenanteil am besten abgeschnitten, die Kreisverbände Spremberg und Calau mit 5,9 bzw. 4,6% am schlechtesten. Den 474 Ortsgruppen und Stützpunkten der LDP stand zu Beginn des Jahres 1949 die Gesamtzahl von 2195 Gemeinden gegenüber. Vgl. Handakten Schollwer, AdL 6947–2, S.499.

³⁷ Verfasser der Berichte war bis zu seinem Fortgang nach Berlin zur Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP im Spätherbst 1948 Joachim Flatau. Danach war Schollwer bis zu seinem Ausscheiden aus der Landesleitung im Jahr 1950 für die Abfassung der monatlichen Berichte an die SMAD in Potsdam verantwortlich.

³⁸ Mit Befehl Nr.176 der SMAD wurden am 18. Dezember 1945 Verbrauchergenossenschaften in der Sowjetzone auf Länderebene zugelassen. Am 27. August 1949 wurde für den Bereich der SBZ der kommunistisch gelenkte „Verband deutscher Konsumgenossenschaften“ gegründet. Die Konsumgenossenschaften wurden von Anfang an gegenüber dem privaten Einzelhandel durch eine bessere Warenzuteilung bevorzugt.

³⁹ Die „Deutsche Wirtschaftskommission“ (DWK) wurde auf Befehl der SMAD am 14.6.1947 als zentrale deutsche Verwaltungsinstanz für die SBZ mit 12 Zentralverwaltungen gegründet. Die DWK besaß zunächst nur beschränkte Vollmachten, war aber von der ersten Stunde an fest in der Hand der SED. Laut Kastner vom 28.10.1949 gehörten zu diesem Zeitpunkt von 7000 Mitarbeitern der DWK nur 23 der LDP, aber mehr als 6600 der SED an. Durch SMAD-Befehl Nr.32 vom 12.2.1948 wurden die Zuständigkeiten dieser Behörde erweitert. Sie führte jedoch ihre Arbeit auch weiterhin unter Kontrolle der Besatzungsmacht aus.

⁴⁰ „Klarheit vor Entscheidungen – Die Rede Blüchers“ in: „Der Freie Demokrat“ Nr.12 vom 17.6.1948. Die öffentliche Kundgebung in Oldenburg fand anläßlich des Landesparteitages der niedersächsischen Freien Demokraten am gleichen Orte statt.

⁴¹ Die Übersetzung lautet: „Sowjetische Zone – Kriegszensur 6238“.

⁴² Es handelt sich in Wirklichkeit um eine Rede Grotewohls vom 29. Juni 1948 vor dem Parteivorstand der SED. Die hier angesprochene Passage seiner Rede lautete: „Die Spaltung Deutschlands läßt kein Streben für die SBZ zu, etwa das Wohlwollen der westlichen Besatzungsmächte irgendwie zu erringen, dafür ist jetzt kein Platz mehr. Wäre die Möglichkeit vorhanden, daß die phantasievollen Vorstellungen der bürgerlichen Parteien durchführbar sind, die immer davon reden, wir müssen uns als eine Brücke zwischen Ost und West ansehen, dann ließe eine solche

Kompromißlösung bestenfalls für uns die Ausrichtung auf den Kapitalismus zu und bestenfalls die Wiedererrichtung einer gewöhnlichen bürgerlichen Republik. Das aber, Genossen, ist kein politisches Ziel, das wir vor Augen haben ... Also ergibt sich aus der durch London geschaffenen Situation die klare Beantwortung unserer Frage so, daß die Ausrichtung unserer Partei ... sich eindeutig und ohne jeden Rückhalt nach dem Osten zu orientieren hat.“ Zitiert nach: Chronologische Materialien zur Geschichte der SED, Dokumentation des Informationsdienstes West, Berlin-Schlachtensee, 1956, S.73.

⁴³ Das Volksbegehren war am 13. Juni beendet worden. Nach der amtlichen Schlußbilanz sollen sich in der SBZ 91,2% der Erwachsenen und 87,6% der Jugendlichen in die Listen eingetragen haben. Im Ostsektor Berlins betrug die Beteiligung 81,6%.

⁴⁴ Vgl. Rudolf Agsten/Manfred Bogisch, LDPD auf dem Weg in die DDR. Zur Geschichte der LDPD in den Jahren 1946–1949. Berlin 1974, S.244: „Den reaktionären Kräften gelang es auf diesem Delegiertentag beinahe, die Führung des Landesverbandes in die Hand zu bekommen. Der Vorsitzende Ingo von Koerber wurde lediglich mit einer Mehrheit von 10 Stimmen wieder in dieses Amt gewählt. Auf die Delegiertentagung zurückblickend, schrieb Koerber wenige Tage später, es gäbe ‚gewiß Elemente‘, die ‚mit hämischer Schadenfreude einen Bruch (zwischen den Blockparteien; die Verf.) wünschen, weil ... eine aufflammende Unruhe ... besser in die Pläne gepaßt hätte‘.“

⁴⁵ Wegen des Viermächte-Status von Berlin war die Deutsche Mark (DM) in Berlin mit „B-Mark“ überstempelt. Nach der Währungsreform in den Westzonen im Juni 1948 und in der SBZ (ebenfalls im Juni 1948) galten in Berlin bis zum 20.3.1949 beide Währungen.

⁴⁶ Am 12. Mai 1948 hatte die DWK die Aufstellung eines Zweijahresplans der Wirtschaft der SBZ für die Jahre 1949/50 beschlossen. Den Entwurf für diesen Plan lieferte die SED, ohne vorherige Rücksprache mit den anderen Blockparteien. Am 21. Juni nahm die DWK den SED-Entwurf an. Mit diesem Plan sollte der Umfang der Erzeugung Ende 1950 um 35% gegenüber dem Stand von 1947 gesteigert werden. Volkseigene Betriebe (VEB) waren die nach 1945 in der SBZ enteigneten und verstaatlichten Betriebe. Durch SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. 10. 1945 waren mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmungen sequestriert worden.

⁴⁷ Am 27. Juli nahm auch das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, zur Kritik der LDP an der Politik der Kommunisten Stellung. Darin hieß es u.a.: „... hat der Zentralvorstand der LDP ... eine ‚Korrektur in der parteipolitischen Zusammensetzung der Deutschen Wirtschaftskommission‘ und eine ‚Überprüfung der Enteignungen‘ gefordert. In der Frage der Demokratischen Bauernpartei hat zudem die LDP vorübergehend eine ablehnende Haltung eingenommen, und sie scheint ferner einen gewissen Schutz für die Großbauern zu verlangen ... Das ist eine grundsätzliche Frage. Sie ist nicht zu lösen mit der Alternative: Planwirtschaft oder freie Wirtschaft. Denn es handelt sich gegenwärtig nicht um das Ausprobieren von Wirtschaftsreformen verschiedener parteipolitischer oder weltanschaulicher Färbungen, sondern um bittere Notwendigkeiten zur Verbesserung unseres Lebens im Rahmen des demokratischen Aufbaus.“

Am Tage darauf beschäftigte sich Walter Ulbricht mit den LDP-Vorwürfen. Er wies die Beschuldigungen der Liberalen mit großer Schärfe zurück und forderte indirekt die politische Liquidierung aller Kritiker der SED in den Reihen der LDP, wenn er erklärte: „Die demokratische Zusammenarbeit macht es notwendig, daß führende Männer der LDP ... die Elemente, die amerikanische Buchführung betreiben, aus ihrer Partei entfernen“. Zitiert nach: Chronologische Materialien zur Geschichte der SED (wie Anmerkung 42), S.83.

⁴⁸ Zerebrennek spielte hier offenbar auch auf den – gescheiterten – Versuch des damaligen Jugendreferenten im Parteivorstand der LDP, Helmut Kiefer, an, der im Sommer 1947 in einer Denkschrift über die Jugendpolitik der Partei die Bildung von „Jugendarbeitsgemeinschaften“ in der LDP vorgeschlagen hatte und darüber hinaus die Ansicht vertrat, „daß der Vielfalt des jugendlichen Lebens nur in mehreren Jugendorganisationen Rechnung getragen werden kann“. Vgl. Entwurf über die Organisation der Jugendarbeit in der LDP vom 11.6.1947 sowie Schreiben Kiefers an die FDJ-Hochschule, In: Informationsdienst der Jugend, Nr. 4 vom 10.4.1947 – zitiert in: Agsten/Bogisch (wie Anmerkung 44), S. 166.

⁴⁹ Bereits am 28. Juli hatte Ulbricht vor dem Parteivorstand der SED scharfe Angriffe gegen die LDP gerichtet, weil diese den Anspruch der Einheitspartei, die führende politische Kraft in der Ostzone zu sein, nicht akzeptieren wollte. Ulbricht attackierte dabei insbesondere den stellvertretenden LDP-Vorsitzenden Lieutenant, der sich – so Ulbricht – „zum Sprachrohr amerikanischer Kriegshetzer“ mache. Vgl. Chronologische Materialien zur Geschichte der SED, S. 83.

⁵⁰ Diese Vermutung erwies sich als falsch.

⁵¹ Ursprünglich sollte der Zonenparteitag vom 21.–23. August 1948 stattfinden. Die Anmeldescheine an die Delegierten waren bereits versandt, als die Verschiebung des Parteitages auf die Zeit vom 11.–13.9.1948 beschlossen wurde. Anfang August wurde der Termin erneut verschoben, mit der offiziellen Begründung, daß einzelne Landesverbände noch keine Wahlvorschläge eingereicht und sich einige der vorgeschlagenen Persönlichkeiten noch nicht einverstanden erklärt hätten. Tatsächlich fand der Parteitag dann aber erst im Februar 1949 statt.

⁵² In den Volksausschüssen wurde die Bewegung für den Deutschen Volkskongreß organisiert und der vom Volksrat vorgelegte Verfassungsentwurf diskutiert.

⁵³ Die Programmkommission der LDP war am 3. August 1948 vom Hauptausschuß der Partei eingesetzt worden. Ihr gehörten neben den Direktoriumsmitgliedern Lieutenant und Damerow die Länderjustizminister Johannes Dieckmann und Dr. Hans Loch, der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Thüringen, Dr. Karl Hamann sowie Ingo von Koerber und Mitarbeiter der Parteileitung an. Auf ihrer Sitzung vom 18. August arbeitete diese Kommission „Leitsätze der LDP“ aus. Dabei blieben noch einige Fragen offen, über die am 18.8. keine Einigung erzielt werden konnte und deren Entscheidung dem Hauptausschuß bzw. dem Parteitag vorbehalten bleiben sollte: Der Grundsatz der Dreiteilung der Gewalten, Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Richter, Gewinnbeteiligung der Arbeiter, staatliche Subventionen, Abschaffung der Todesstrafe sowie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung (Exemplar der Leitsätze bei den Akten Schollwers).

⁵⁴ Die Sonderausgabe der „LDPD-Informationen“ zum Tod von Wilhelm Külz am 10.4.1948 druckte auf ihrer letzten Seite das Faksimile einer 4seitigen Stiftungsurkunde ab. Mit der Urkunde überreichten 38 Mitglieder sowie der Verlag „Der Morgen“ Külz zu seinem Geburtstag am 18.2.1946 eine Spende in Höhe von RM 14000,- als Grundstock für eine „Dr. Wilhelm Külz Stipendien Stiftung“, mit der „unbemittelten Studenten“ das Studium ermöglicht werden sollte. In einer Erklärung zu diesem Faksimile findet sich der Hinweis, daß die Ausgaben zur Zeit des Todes von W. Külz rund RM 50000,- betrugen und daß davon Einzelstipendien und Sonderzahlungen an „Studenten, Studentinnen, auch an Neulehrer der LDP“ gewährt wurden. In einem Rundschreiben des Landesverbandes Brandenburg vom 18.7.1949 werden die „Ausführungsbestimmungen“ zur Verteilung der Stipendien bekanntgegeben:

§ 1:

„Anträge auf Erteilung eines Stipendiums können von allen Mitgliedern der LDP eingereicht werden, die Angehörige einer anerkannten deutschen Hochschule sind. Sie sind mit einer Befürwortung von der jeweiligen Betriebsgruppe bzw. von der mit der Wahrnehmung der Interessen der LDP betrauten Parteidienststelle an den Landesverband einzureichen. Der Landesvorsitzende entscheidet nach Rücksprache mit dem Ausschuß für Hochschul- und Studentenfragen beim Landesverband über die Weitergabe an die Zonenleitung. Die bei der Zonenleitung eingegangenen Anträge werden im Hochschulausschuß behandelt, der mit einfacher Mehrheit über die Anträge beschließt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden des Ausschusses. Die bewilligten Anträge werden dem Kuratorium zur Beschlufassung vorgelegt.

§ 2:

Bei der Bewilligung der Anträge gelten folgende Grundsätze:

1. gewertet wird die geleistete Mitarbeit des Antragstellers innerhalb der Partei. Sie ist nicht nur im Betriebsgruppenrahmen beschränkt zu beurteilen. Alle eingereichten Bescheinigungen müssen mindestens von dem Kreis- oder Stadtverband bestätigt sein. Es ist dabei ein strenger Maßstab anzulegen.
2. Voraussetzung für alle Antragsteller ist mindestens eine überdurchschnittliche Leistung. Die entsprechenden Unterlagen und ein Lebenslauf sind mit einzureichen.
3. Berücksichtigt wird ferner die soziale Lage des Antragstellers. Bei gleichwertiger Mitarbeit innerhalb der Partei gibt sie den Ausschlag.

§ 3:

Die Auszahlung der bewilligten Geldsumme erfolgt nur gegen Vorlage einer entsprechenden Studienbescheinigung (Studentenausweis usw.), aus der hervorgehen muß, daß der Antragsteller die Hochschule zu der Zeit besucht, für die das Stipendium bewilligt worden ist.“ (AdL 6947–3)

⁵⁵ Am 9. Oktober 1948 teilte Lieutenant dem Direktorium auf einer Sitzung in Weimar mit, daß er sein Amt als Geschäftsführender Vorsitzender nicht mehr ausüben könne.

⁵⁶ Einer in Schollwers Tagebuch unter dem 5. August 1948 eingeklebten, undatierten Zeitungsmeldung zufolge („Ost-LDP verschiebt Parteitag“), sollen neben Lieutenant und Hübener angeblich auch Minister Erich Damerow (Halle) und der Leipziger Rechtsanwalt Dr. von Stoltzenberg für den Posten des 1. Vorsitzenden benannt worden sein.

⁵⁷ Vom 30. Juli bis Ende September hielten sich in Moskau Diplomaten der drei Westmächte auf, um mit dem sowjetischen Außenminister Molotow die Berlin-Krise zu erörtern. Am 11. August meldeten westliche Zeitungen zum ersten Mal einen „Stillstand der Gespräche“. Am 23. August wurden die westlichen Diplomaten von Stalin zu einer längeren Aussprache empfangen. Diese Begegnung wurde im Westen als die entscheidende Beratung angesehen. Danach munkelte man in der amerikanischen Presse von sich angeblich abzeichnenden Kompromissen in der Währungsfrage. Wenig später machte sich jedoch erneut Pessimismus breit. In der zweiten Septemberwoche trat Stalin seinen Urlaub an. Um den 25. September wurden die Gespräche endgültig ergebnislos abgebrochen.

⁵⁸ Es handelte sich um die Gemeindewahlen. Sokolowskij begründete seine Anordnung mit der Behauptung, die SED habe darauf hingewiesen, daß nach Durchführung des Volksbegehrens und der Währungsreform die Zeit bis Oktober (Wahltermin) zu kurz wäre, um eine ordnungsgemäße Vorbereitung der Wahlen treffen zu können. Überdies seien die neuen Parteien – DBP und NDP – noch im Aufbau ihrer Organisation begriffen.

⁵⁹ Die DEFA (Deutsche Film AG) entstand nach dem Krieg als erste deutsche Filmgesellschaft und wurde im Mai 1946 lizenziert. Seit Februar 1946 gab es die DEFA-Wochenschau „Der Augenzeuge“ („Sie sehen selbst, Sie hören selbst, urteilen Sie selbst“). Sie lief im Beiprogramm der DDR-Filmtheater bis zum 31. Dezember 1980, dann wurde sie eingestellt.

⁶⁰ Parteitage sind Delegiertentage. Die Unterscheidung kann nur so gemeint sein, daß zum „Parteitag“ eine größere Öffentlichkeit als nur Delegierte zugelassen worden wäre.

⁶¹ Die „National-Demokratische Partei Deutschlands“ (NDPD) wurde im Juni 1948 zugelassen. Sie hatte die Aufgabe, ehemalige NSDAP-Mitglieder und Offiziere anzusprechen und durch Umerziehung in das politische System der SBZ zu integrieren.

Die „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“ (DBD) wurde ebenfalls im Juni 1948 zugelassen. Ihre Aufgabe war die politische Integration der Bauern. Zur Rolle der Parteien in der SBZ/DDR vgl. Hermann Weber (Hg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR, Köln 1982.

⁶² Der Kommunist Paul Markgraf war bis zur endgültigen Teilung Berlins im Sommer 1948 Polizeipräsident der Viermächtestadt. Über Markgraf s. „Der Spiegel“ Nr. 12 vom 20.3.1948, S.5.

⁶³ 1946 war der griechische König Georg II. aus dem Exil zurückgekehrt; die Spaltung der griechischen Gesellschaft in Anhänger der Monarchie und linke, republikanische Kräfte entlud sich in einem Bürgerkrieg, der erst 1952 v.a. durch amerikanische Unterstützung zugunsten der Monarchisten beendet wurde. Zwischen Indien und Hyderabad war es zu Grenzstreitigkeiten gekommen. Nach der Proklamation des Staates Israel im Mai 1948 kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Arabischen Liga. Der UN-Beauftragte Graf Folke Bernadotte wurde von israelischen Extremisten ermordet. In verschiedenen Teilen Frankreichs wurde seit Anfang September 1948 gestreikt. Vor allem in Paris kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Polizei.

⁶⁴ Anfang Oktober 1948 gelangte die LDP-Landesleitung in den Besitz einer amtlichen Liste über Personen, die in der Zeit vom 1. Juli–30. September 1948 im Lande Brandenburg aus dem Behördendienst entlassen worden waren. Diese Aufstellung war unterteilt in drei Entlassungskategorien: „Politisch-Moralischer Beweggrund“, „Fachliche Unfähigkeit“ und „Korruption, Diebstahl, Amtsanmaßung, Veruntreuung, Unterschlagung usw.“. Insgesamt waren im vorgenannten Zeitraum 392 Behördenangestellte entlassen worden, davon 228 aus politischen Gründen. Die meisten der aus politischen Gründen Entlassenen waren bezeichnenderweise in der Abteilung Volksbildung, Wissenschaft und Kunst (Außenstellen) der Landesregierung beschäftigt. Hier mußten im Verlaufe von nur zwei Monaten 110 Angestellte wegen ihrer politischen Einstellung den Schreibtisch räumen. Vgl. AdL 6947–2, S.320f.

⁶⁵ Auf seiner 5. Tagung am 22. Oktober 1948 billigte der Deutsche Volksrat einmütig den Verfassungsentwurf für die „Deutsche Demokratische Republik“, der dem Deutschen Volkskongreß vorgelegt werden sollte. Der Deutsche Volksrat war am 18. März 1948 in der Berliner Staatsoper von den Delegierten des 2. Deutschen Volkskongresses gewählt worden. Dieses Gremium hatte 400 Mitglieder, darunter 100 aus dem Westen Deutschlands.

⁶⁶ Die Kontrollratsdirektive Nr.23 vom 17.12.1945 verfügte die „Auflösung aller vor der Kapitulation bestehenden sportlichen, militärischen und paramilitärischen athletischen Organisationen“.

⁶⁷ Die FDJ gründete auf ihrem 2. Parlament im Mai 1947 eine „Kindervereinigung der FDJ“. Aus ihr ging die „Organisation der Jungen Pioniere“ und schließlich die „Pionierorganisation Ernst Thälmann“ hervor. In ihr sind die Kinder der Klassen 1–6 organisiert.

⁶⁸ Im Monatsbericht des Landesverbandes an die SMAD vom 5. Oktober wird dazu in folgender Weise Stellung genommen: „An der Aktion der Parteien und Organisationen zur vorfristigen Erfüllung des Getreidesolls bis zum 10. Oktober (beteiligt sich der Landesverband). Hierbei konnten unsere Vertreter beobachten, daß seitens der Landesregierung in ungenügender Weise auf sogenannte Notstandsgebiete Rücksicht genommen wird, die infolge von durch Witterung und Hochwasser hervorgerufene Mißernten sowie durch außerordentlich verspätete Lieferung von Saatgut im vergangenen Jahr und der dadurch erfolgten Ertragsminderung nicht in der Lage sind, 100%ig ihr Abgabesoll zu erfüllen.“ S. AdL 6947–2, S.330.

⁶⁹ Der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (Antifa-Block) wurde am 14.7.1945 für die Sowjetzone auf Befehl der Besatzungsmacht gegründet. Die Mitgliedschaft aller in der SBZ zugelassenen Parteien und Organisationen zum „Block“ war von Anfang an obligatorisch. Ziel des Antifa-Blocks war es, die Bildung von Koalitionen gegen die führende kommunistische Partei unmöglich zu machen. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien waren im Block zu klären, Beschlüsse mußten einstimmig gefaßt werden. Neben dem Zonen-Antifa-Block gab es gleiche Gremien auf Landes-, Kreis- und Ortsebene. Der Vorsitz wechselte monatlich unter den Blockparteien und -organisationen. Grundlegend dazu: Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986.

⁷⁰ In einem ausführlichen Bericht über diese Tagung, den Schollwer am 11. Oktober dem Jugendsekretariat der Parteileitung in Berlin zuleitete, hieß es vorsichtig resümierend: „Sollen wir die KV (= Kindervereinigung) genau so wie die FDJ als ein Arbeitsgebiet betrachten, in das wir uns nur nach Möglichkeit, örtlich und von Fall zu Fall einschalten? Oder sind hier für unsere Neulehrer und Jugendfunktionäre die Wirkungsmöglichkeiten besser und erfolversprechender? Man kann diese Fragen wohl kaum beantworten, ohne sich zunächst mit der Stimmung der Jugend in politischer Hinsicht zu befassen und darüber klar zu werden, wieweit es bisher gelungen ist, nennenswerte Teile der Jugend durch die FDJ im sozialistischen Sinne zu beeinflussen ... Wir schlagen deshalb vor, die Frage der KV auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Zonenjugendausschusses am 22. Oktober zu setzen.“ S. AdL 6947–2, S.333.

⁷¹ Der sowjetische Bergmann Alexej Stachanow förderte in der Nacht zum 31. August 1935 während einer Schicht 102 t Kohle (nach damaliger sowjetischer Auffassung 14 Normen). Auf Geheiß Stalins wurde daraufhin die Stachanow-Bewegung geschaffen, mit deren Hilfe die Fünfjahrpläne durch Festsetzung höherer Normen vorfristig erfüllt werden sollten.

⁷² Diese, von der SED im Herbst 1947 ins Leben gerufenen Organe hatten die Aufgabe, Produktion und Verbleib der Waren zu überwachen und Schiebungen zu bekämpfen. Auf Vorschlag des Antifa-Blocks sollten sie in allen Betrieben, Gemeinden und Kreisen gebildet werden. Die Leitung dieser Ausschüsse lag von Anfang an in den Händen der SED bzw. ihrer kommunistischen Massenorganisationen wie FDGB oder VdGB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe: der Zusammenfassung der ländlichen Genossenschaften).

⁷³ Am 23. September 1948 hatte die Deutsche Wirtschaftskommission eine Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung (Wirtschaftsstrafverordnung) erlassen. Diese Verordnung sah vor, daß nach Ermessen

der DWK Verstöße gegen deren Anordnungen, insbesondere gegen die Volkswirtschaftspläne, als Verbrechen mit hohen Geldstrafen, Gefängnis und Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft wurden.

⁷⁴ Busse gab in seinem Referat auch eine Bilanz der im Herbst 1945 in der SBZ eingeleiteten Bodenreform, bei der alle Privatbetriebe über 100 ha Betriebsfläche sowie – unabhängig von der Betriebsfläche – alle Betriebe von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“ entschädigungslos enteignet wurden. Nach Busses Angaben waren bis zum Herbst 1948 9000 Großgrundbesitzer und 2000 Aktivisten und Kriegsverbrecher enteignet worden. Saat- und Viehzuchtwirtschaften sowie Kirchengüter seien von der Enteignung ausgenommen worden. 500 000 Menschen, darunter zur Hälfte Neubauern, hätten dadurch Land bekommen, letztere im Durchschnitt 7 bis 8 ha. 70% aller Bauern seien heute Klein- und Mittelbauern unter 20 ha. Auf die Kleinbauern müsse bei der Steigerung der Hektarerträge besonders Rücksicht genommen werden. Der Hektarertrag habe 1947 um 50% niedriger gelegen als im Durchschnitt der letzten Jahre. 1948 seien die 100% infolge der günstigen Witterung fast wieder erreicht worden. Der Zweijahresplan wolle die Hektarerträge auf 80% des Friedensstandes steigern. Ein ausführlicher Bericht über die Tagung findet sich in Schollwers Akten, AdL 6947–2, S. 359ff.

⁷⁵ Gegen Textilunternehmer aus Glauchau und Meerane war im August 1948 von der DWK der Vorwurf erhoben worden, Waren im Wert von 5 Millionen DM dem Schwarzmarkt in Berlin und Westdeutschland zugeführt zu haben. Es kam zur Anklage u.a. wegen Sabotage und Unterschlagung. Das Gericht verhängte am 7. 12. 1948 hohe Strafen: Fünf der zehn Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, die übrigen erhielten hohe Zuchthausstrafen. Zu den zum Tode verurteilten Angeklagten gehörte auch der Staatsanwalt, der angeblich nicht rechtzeitig eingegriffen hatte. Drei der Verurteilten konnten noch vor dem Prozeß nach dem Westen flüchten. Vgl. „Der Spiegel“ Nr. 50 vom 11. 12. 1948, S. 2.

⁷⁶ Der Studentenratsvorsitzende der Universität Leipzig, Wolfgang Natonek, wurde nach westlichen Pressemitteilungen zusammen mit sieben weiteren Funktionären der Leipziger LDP am 11. November verhaftet. Am gleichen Tage wurde übrigens auch der frühere Zonenjugendreferent der LDP und spätere Landesvorsitzende der Partei in Brandenburg (Vorgänger von Kunze), Dr. Wilhelm Falk, in Potsdam vom sowjetischen Geheimdienst festgenommen und am 16. Februar 1949 wegen „antisowjetischer Agitation“ zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Falk wurde am 11. 8. 1956 vorzeitig aus der Haft entlassen und ging nach Westberlin. Darüber berichteten am 17. 12. 1948 der „Sozialdemokrat“ („Opfer der SEP-Macht-haber“) und „Die Welt“ („Pressereferent verhaftet“).

⁷⁷ Der Bundesvorstand des FDGB hatte im November die Auflösung der Betriebsräte in allen Betrieben verfügt, in denen über 80% der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder waren. Anstelle der Betriebsräte traten die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL). Bei den Wahlen zu den BGL konnte die LDP entgegen Schollwers Annahme zunächst noch einige Erfolge erzielen. Laut Bericht des Landesverbandes Brandenburg der LDP für den Monat Februar 1950 brachten BGL-Wahlen im Lande Brandenburg „verschiedentlich erfreuliche Ergebnisse für unsere Parteifreunde. So kam die LDP zum Erfolg bei der Post und beim Steueramt Angermünde, beim VEB ‚Minimax‘ in Neuruppin, wo von 4 LDP-Mitgliedern im Betrieb 3 in die BGL gewählt wurden. Im Steueramt Frankfurt/Oder stellte die LDP 3 von insgesamt 7 BGL-Mitgliedern und in der dortigen Landeskreditbank, beim Bodenkulturmuseum und in der städtischen Sparkasse konnten unsere Parteifreunde ebenfalls beachtliche Erfolge bei den Wahlen erzielen.“ S. AdL 6947–6, S. 1399.

⁷⁸ Die volkseigene Handelsorganisation (HO) wurde im Oktober 1948 gegründet. Zunächst hatten die HO-Verkaufsstellen als einzige die Genehmigung, rationierte Lebensmittel und Gebrauchsgüter frei zu verkaufen.

⁷⁹ Auch in den „Freien Gaststätten“ wurden Fleischgerichte nur gegen Marken abgegeben. Fisch- und Wildfleischgerichte waren dagegen markenfrei, die Preise entsprechend. Während man für Schweinebraten mit Rotkohl „nur“ 4,50 DM (Ost) zu zahlen hatte, kostete ein Fischfilet mit Kartoffelsalat 7,35 DM (Ost) und eine Hasenkeule mit Rotkohl sogar 19,80 DM. Zu allen Gerichten wurden 440 g Kartoffeln markenfrei verabreicht.

⁸⁰ Auf Betreiben des im Juli 1945 gegründeten „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ und des FDGB wurde am 18. März 1947 in Berlin der „Bund Deutscher Volksbühnen“ gegründet und zu dessen 1. Vorsitzenden der parteilose Karlheinz Martin gewählt. Vertreter der SED und des FDGB im Vorstand sicherten die Einflußnahme der Kommunisten auf diese Organisation von der ersten Stunde an. Vgl. Schollwers Bericht, AdL 6947–2, S. 387 ff.

⁸¹ Der Uranbergbau im Erzgebirge wurde in den ersten Jahren nach dem Krieg von der sowjetischen Wismut-AG betrieben. Die Wismut-AG unterstand direkt der sowjetischen Regierung in Moskau. Sie wurde 1953 in eine deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt. Aber auch diese SDAG-Wismut schürfte spaltbares Material ausschließlich für sowjetischen Bedarf.

⁸² Die Differenzen zwischen dem Berliner Landesverband der LDP und der LDP-Parteiführung traten zum erstenmal auf dem Eisenacher Parteitag vom Juli 1947 offen zutage: die Berliner stimmten gegen die Wiederwahl von Külz und zogen ihre Vertreter aus dem Gesamtvorstand zurück. Der endgültige Bruch vollzog sich im Februar 1948 auf einer Sitzung des erweiterten Parteivorstandes, der feststellte, daß sich der Landesverband Berlin durch sein Verhalten selbst aus der Partei ausgeschlossen habe. Bereits im Januar begann die Zonenleitung der LDP mit der Bildung einer neuen „Landesgruppe Berlin“. Auf einer Funktionärskonferenz des gesamten Berliner Landesverbandes wurde dieser Neugründungsversuch am 25. 1. 1948 zwar mit 490 gegen 6 Stimmen abgelehnt, doch indem die SMAD die Neugründung legalisierte, während die westlichen Besatzungsmächte den „alten“ Landesverband anerkannten, war die Spaltung der Liberalen in Berlin vollzogen. Vgl.: Grundmann (wie Anmerkung 5), S. 111 ff. Dort auch zahlreiche Dokumente.

⁸³ Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung betrug die Wahlbeteiligung 86,2%. 64,5% der Wähler gaben der SPD, 19,4% der CDU und 16,1% der LDP ihre Stimme. Die SPD erhielt 76 Sitze im Stadtparlament, die CDU 26 und die LDP 17 Sitze.

⁸⁴ „Paul Müller wurde das jüngste Opfer“ – Hier handelte es sich entweder um eine Falschinformation oder aber um eine nur vorübergehende Festnahme des Spremberger Kreisvorsitzenden. Denn bereits im Februar 1949 wurde Müller auf dem Kreisdelegiertentag erneut zum Vorsitzenden des Kreisverbandes gewählt (vgl. Aufzeichnung vom 17. 2. 1949). Im Februar 1961 wurde Müller von der Nationalen Front ausgezeichnet („Der Morgen“ vom 19. 2. 1961).

⁸⁵ Außenminister Walther Rathenau war am 26. Juni 1922 von Rechtsextremisten erschossen worden.

⁸⁶ Die Landesparteihschule Friedrichroda des Landesverbandes Thüringen der LDP befand sich im Waldhaus „Karin-Sigrid“, Schreibersweg 6. Der Entschluß, die Schule endgültig zu schließen, muß sehr kurzfristig gekommen sein. Denn noch am 10. Dezember hatte der technische Schulleiter Schollwer den Aufenthalt in Friedrichroda für die Zeit vom 27. 12. 1948 bis 4. 1. 1949 schriftlich bestätigt.

⁸⁷ Am 31. 12. 1948 veröffentlichte das „Neue Deutschland“ ein Interview mit Wilhelm Pieck über die Politik der SED. Auf die Frage, ob in der Ostzone bereits die Herrschaft der Arbeiterklasse und damit die Volksdemokratie bestehe, erklärte Pieck: „Nein, das ist grundfalsch ... Die SED sieht ihre Aufgabe nicht darin, zur Volksdemokratie überzugehen, sondern vielmehr darin, die bestehende neue demokratische Ordnung zu festigen ...“. Der Präsident der Deutschen Justizverwaltung, Max Fechner, äußerte sich am 15. 1. 1949 auf einer juristischen Arbeitstagung u. a. zur Frage des privaten Eigentums wie folgt: „Ich stelle noch einmal fest, daß das demokratische Recht der sowjetischen Zone dem Privateigentümer zivilrechtliche Mittel zum Schutze seines Eigentums gewährleistet ...“. An welches Ulbricht-Zitat Schollwer bei seiner Niederschrift am 19. Januar gedacht hat, ist nicht mehr festzustellen.

⁸⁸ Mit der Unterzeichnung des Ruhrstatuts am 28. 12. 1948 in London war eine internationale Behörde gebildet worden, die aus sechs Signatarstaaten bestand: Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg und die durch die westlichen Besatzungsmächte vertretenen Westzonen Deutschlands. Aufgabe dieser Behörde war es, Kohle und Stahl der Ruhr zwischen deutschem Verbrauch und Export aufzuteilen. Die Behörde hatte das Recht, deutsche Bestimmungen in bezug auf Transport, Preise, Zölle etc. zu ändern oder aufzuheben. Mit dem Ruhrstatut hatten sich zugleich die Hoffnungen der Sowjets endgültig zerschlagen, wenigstens einen indirekten Einfluß auf die bedeutendste noch verbliebene Wirtschaftsregion des zerstückelten Deutschland zu gewinnen.

Das im April 1949 von den drei Westmächten beschlossene Besatzungsstatut wurde am 21. September 1949 in Kraft gesetzt und nach Inkrafttreten des Deutschlandvertrages am 5. Mai 1955 beendet. Es grenzte die gesetzgeberischen, exekutiven und richterlichen Vollmachten der Bundesrepublik und ihrer Länder einerseits und die der westlichen Besatzungsmächte andererseits voneinander ab.

^{88a} Schollwer gibt hier seinen Augenschein wieder. Laut LDP-Informationen Nr. 3/4/1949, S. 20 gab es 2 Stimmenthaltungen.

⁸⁹ US-Außenminister Acheson hatte auf einer Pressekonferenz am 10. März 1948 den Entwurf eines „Atlantikpaktes“ vorgestellt. Am 4. April 1949 unterzeichneten die USA, Großbritannien, Frankreich, die Benelux-Staaten, Dänemark, Norwegen, Island, Italien, Kanada und Portugal einen kollektiven Sicherheitspakt, mit dem die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO) begründet wurde.

⁹⁰ Diese Bemerkung bezog sich wahrscheinlich u. a. auf eine Erklärung des Politbüros der SED vom 1. März 1949, in der es hieß: „Im Falle der Aggression muß das deutsche Volk gegen die Aggressoren kämpfen und die Sowjetunion bei der Herbeiführung des Friedens unterstützen“. Zuvor hatten die Generalsekretäre der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Großbritanniens Erklärungen „für den Fall eines Krieges gegen die Sowjetunion“ abgegeben, die auf einen ähnlichen Ton gestimmt waren. Zit. nach: Chronologische Materialien (wie Anmerkung 42), S. 122.

⁹¹ Gegen Ende der Tagung beschloß der Vorstand auf Antrag von Koerber einstimmig, Kuhberg aus der Partei auszuschließen. Dieser Beschluß widersprach jedoch der am 27. 2. 1949 in Eisenach verabschiedeten „Verfahrensordnung über den Parteiausschluß in besonderen Fällen“ sowie dem § 16 der am gleichen Tage vom Parteitag angenommenen neuen Parteisatzung. Beide Bestimmungen sahen einen Parteiausschluß durch Vorstandsbeschluß nicht vor. Vgl. AdL 6947–2, S. 540 ff.

⁹² Auf Initiative der SED war der „Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ für den 6. und 7. Dezember 1947 nach Ostberlin einberufen worden. Hauptaufgabe des Kongresses war die „Wahl“ einer Delegation, die dem in

London tagenden Außenministerrat die Forderung nach einem Friedensvertrag für Deutschland auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam zu überbringen und vorzuschlagen hatte, daß bei Verhandlungen über einen Friedensvertrag Vertreter einer noch zu bildenden deutschen Zentralregierung gehört werden. Auf dem 2. Volkskongreß, der am 18.3.1948 wiederum in Berlin tagte, wählten die 2000 Delegierten den Deutschen Volksrat, eine vorgeblich ständige gesamtdeutsche Vertretung von 400 Funktionären der Blockparteien und Massenorganisationen. Aus dem Volksrat ging im Herbst 1949 die „Provisorische Volkskammer“ hervor.

⁹³ Von Koerber gebraucht in seinem Rundschreiben wirklich den Ausdruck „Vereinigte Nationen“! S. AdL, 6947–3, S.590.

⁹⁴ Am 20. März 1949 war die Deutsche Mark der Bank Deutscher Länder zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in West-Berlin erklärt worden. Vgl. Anmerkung 45.

⁹⁵ Gemeint ist hier der Parlamentarische Rat. Er hatte im April eine Einladung des Präsidiums des Deutschen Volksrates zu gemeinsamen Beratungen abgelehnt. Ein weiterer Vorstoß des Volksratspräsidiums erfolgte Anfang Mai. Auch diese Einladung wurde vom Parlamentarischen Rat unter Hinweis auf die fragwürdige demokratische Legitimität des Volksrates (Abg. Dr. Reif am 8. Mai 1949: „Enttäuschen Sie nicht die 20 Millionen Menschen in Mitteldeutschland, die von Ihnen in dieser Frage ein Nein erwarten!“) mit großer Mehrheit abgelehnt.

⁹⁶ In Paris und Prag fand vom 20.–27. April 1949 ein Weltfriedenskongreß statt, an dem Vertreter von 72 Ländern teilnahmen.

⁹⁷ In den Akten Schollwers befinden sich lediglich die Einladung zum Hauptaustausch sowie eine Zeitungsnotiz. Aus der Zeitungsnotiz (ohne Titel und ohne Datum) geht hervor, daß über die Beitragsordnung geredet wurde. Mit „Zentralfinanzierung“ ist die Zahlung des Mitgliederbeitrages an die Parteileitung (und nicht an den einzelnen Landesverband) gemeint. Vgl. AdL, 6947–3, S.606.

⁹⁸ „Antifa-Leute“ bezeichnet jene Personen, die während des Krieges in „Antifaschistischen Schulen“ in der Sowjetunion durch emigrierte Kommunisten ausgebildet wurden. Die „Antifaschulen“ befanden sich in den Kriegsgefangenenlagern.

⁹⁹ Die III. Landesdelegiertenkonferenz der FDJ des Landes Brandenburg fand vom 5. bis 8. Mai 1949 statt. Am 2. Tage der Konferenz gab Landesvorsitzender Horst Brasch seinen Rechenschaftsbericht („Vorwärts, vorwärts und zurück keinen Schritt“). Der Minister für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst im Lande Brandenburg, Fritz Rücker (SED), hatte den Tagungsteilnehmern eine Grußadresse zugeleitet, die mit den Sätzen endete: „Kampf den Kriegshetzern und Volksverrättern, welche Deutschland spalten, die brüderliche Hand dem Sowjetvolke und den Völkern der Volksdemokratien. Die Jugend wird niemals marschieren für volksfeindliche Interessen der Imperialisten. Jugend voran im Kampf um den Frieden!“ In einer Adresse an den „Einheitsverband der polnischen Jugend“ erklärten die Konferenzteilnehmer am 7. Mai (ein Jahr vor dem Görlitzer Grenzvertrag mit Polen vom 6. Juli 1950): „Wir erkennen in der Oder-Neisse-Grenze eine Friedensgrenze, die ein Schritt ist, um mit dem polnischen Volk in einem friedlichen und freundschaftlichen Verhältnis zu leben.“ S. AdL 6947–3, S.665f.

¹⁰⁰ Ein Exemplar des Merkblattes befindet sich bei den Akten Schollwers, AdL 6947–3, S.694. Dort heißt es unter Punkt 5: „Das Protokoll über das Ergebnis des ersten Wahltages ist mit den verpackten und versiegelten Stimmzetteln, Wählerlisten und Wahlscheinen dem Bürgermeister bzw. dem Stadtbezirksleiter zur vorläufigen sicheren Aufbewahrung zu übergeben.“

¹⁰¹ Das „korrigierte“ Wahlergebnis lautete: Auf die Frage „Willst Du die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden?“ stimmten 66,1% mit Ja und 33,9% mit Nein. Die Wahlbeteiligung betrug 95,2%.

¹⁰² Die an die Kreise herausgegangene Anordnung hatte folgenden Wortlaut: „Der Landesvolksausschuß hat nach Mitteilung von Herrn Minister Bechler einstimmig beschlossen, daß nur die Stimmzettel als Nein gezählt werden, bei denen das Kreuz im Kreis „Nein“ gezeichnet wurde. Alle anderen Stimmzettel sind gültig. Unbeschriebene Stimmzettel gelten als Ja-Stimmen. Bei Bemerkungen oder Streichungen handelt es sich ebenfalls um Ja-Stimmen. Alle Bürgermeister haben sofort die ungültigen Stimmzettel und Stimmzettel mit „Nein“ vom Sonntag in dieser Hinsicht zu prüfen. Die Bürgermeister tragen für die Durchführung dieser Maßnahme die volle Verantwortung.“ Zitiert nach: „Die Wahlen in der Sowjetzone“, herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 5. erweiterte Auflage, September 1963, S. 21.

¹⁰³ Intern, d.h. auf einer Sitzung des „Demokratischen Blocks“ am 8. Juni 1949 im Haus des Deutschen Volksrats in Berlin, hatte Hamann an den Wahlen zum III. Deutschen Volkskongreß Kritik geübt, ohne allerdings auf die Themen „Wahlfälschung“ oder „Einheitsliste“ einzugehen. Hamanns Kritik beschränkte sich darauf, die Ursache für die 31 Prozent Nein-Stimmen in einigen Beispielen für fehlende Rechtssicherheit, in „Unzulänglichkeiten“ in der Wirtschaft (Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung der privaten Wirtschaft am Zweijahresplan) oder im sozialen Bereich (Preispolitik, Rentenwesen) bzw. bei der Arbeit der politischen Parteien (Auseinandersetzung mit FDGB, Personalpolitik, Blockpolitik auf der mittleren und unteren Ebene) zu suchen.

Sitzungsvorsitzender Otto Grotewohl bezeichnete Hamanns Argumente für „abwegig“ und erklärte, die Nein-Stimmen seien das Ergebnis einer „planmäßig eingeleiteten Gegenpropaganda“. Und die komme u.a. von der Schwennicke-LDP, „die von Berlin aus eine wohlorganisierte Arbeit in die Kreise Ihrer Partei (zu den LDP-Vertretern im Block) hineingeleistet hat“. (Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks vom 8. Juni 1949 in: Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986, S. 400–427.)

¹⁰⁴ Gerhard W. war an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig. Er hatte wiederholt von seinem Zeitungsgeschäft in der Brandenburger Straße während der Geschäftsstunden nicht nur mit einem angeblich für den amerikanischen Geheimdienst in West-Berlin tätigen FDP-Mann telefoniert, sondern auch mehreren Leuten gegenüber mit diesen seinen Kontakten renommiert.

¹⁰⁵ Die Unabhängige Gewerkschaftsopposition (UGO) hatte sich am 10.2.1948 in Berlin aus je zwei parteilosen, sozialdemokratischen, christlich-demokratischen und liberal-demokratischen Mitgliedern des FDGB konstituiert. Zu den von Schollwer geschilderten Vorgängen vgl. „Der Spiegel“ Nr. 22 vom 26.5.1949, S.3. Der Spiegel berichtet von 15000 Streikenden, über 1000 Verletzten. „Es gab Tote.“

¹⁰⁶ Die 6. Tagung des Außenministerrats fand vom 23.5.–20.6.1949 statt. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Deutschlandfrage, das Berlinproblem und die Vorbereitung einer Friedensregelung. Man einigte sich lediglich über die Erweiterung des Handels zwischen SBZ und Westzonen sowie über eine Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs zwischen beiden Teilen Deutschlands.

¹⁰⁷ Die „Tägliche Rundschau“ schrieb am 30. Mai 1949 zu den Volkskongreßwahlen u.a.: „Daneben darf freilich nicht unerwähnt gelassen werden, daß in vielen Kreisen die leitenden Persönlichkeiten der CDU und der LDP zwar öffentlich versicherten, sie seien Anhänger der Volkskongreß-Bewegung, in Wirklichkeit aber ge-

gen die Delegierten zum dritten Volkskongreß arbeiteten ... Eine Reihe von Funktionären der CDU und der LDP agitierte in vielen Kreisen gegen den Volkskongreß und versuchte, dieses gesamt-nationale Unternehmen als ein Unternehmen der SED hinzustellen. Die Vorsitzenden der CDU- und LDP-Kreisleitungen im Kreis Rochlitz unternahmen den Versuch, die Autorität der SED zu untergraben und die Idee des Volkskongresses zu kompromittieren. In den Kreisen Ludwigslust, Schönberg und Rostock bezogen die leitenden Persönlichkeiten der CDU schon vor den Wahlen die Position der ‚Nichteinmischung‘ und des passiven Widerstandes und gingen am 15. und 16. Mai zur offenen Gegenpropaganda und Sabotage über. Eine zweideutige und unklare Haltung nahm auch eine Anzahl führender Persönlichkeiten dieser Parteien in den Landesleitungen ein, wie z. B. Prof. Hickmann in Dresden, Thürmer, der Vorsitzende der gleichen Partei in Sachsen, Lobedanz, der CDU-Vorsitzende von Mecklenburg, sowie eine Reihe von führenden Männern der LDP. Bezeichnend ist hierbei, daß sich die Gegner der Einheit Deutschlands in der Regel nicht entschließen, offen aufzutreten.“

¹⁰⁸ Über die Vorgänge im Zusammenhang mit den Volkskongreßwahlen hatte Schollwer im Juni für die Landesleitung einen 5 Schreibmaschinenseiten umfassenden Bericht gefertigt („Bericht über die Wahlen zum 3. deutschen Volkskongreß“), der sich bei den Akten des Verf. befindet. Das Papier geht auf die Gründe für das ursprünglich so schlechte Abstimmungsergebnis ein (u. a. Lebensmittelversorgung, Zusammenstellung der Kandidatenlisten, Angst vor Volksfront und dem Fortfall der Herbstwahlen). AdL 6947-3, S. 708-713.

¹⁰⁹ Im Gegensatz zur Landesleitung der LDP, die zu dem Wahlbetrug schwieg, hatte der CDU-Landesvorstand am 18. Mai 1949 beim deutschen Volksrat brieflich gegen die Weisungen Innenminister Bechlers protestiert.

¹¹⁰ Wie stark die Beunruhigung in den Parteiverbänden im Frühjahr 1949 war, beweist eine Meldung im Rundschreiben des Landesverbandes Brandenburg der LDP „an alle Kreisverbände“ vom Mai 1949. Dort heißt es unter der Überschrift „Unkontrollierbare Gerüchte“: „Wir haben Veranlassung, ein für alle Mal (sic!) unsere Mitglieder vor unkontrollierbaren Gerüchten über angebliche Krisen, Auflösungsgedanken oder Massenübertritten der LDP zu warnen. Bei den Verbreitern solcher Irreführungen ist lediglich der Wunsch der Vater des Gedankens! Die LDP geht ihren Weg unbeirrt vorwärts. Das mag Menschen nicht passen, ist aber eine unbestreitbare Tatsache.“ AdL 6947-3, S. 687.

¹¹¹ Der Brief ist im Anhang abgedruckt.

¹¹² Schollwer hatte eine Parteifreundin beauftragt, die Diskussion mitzutenografieren, um sich eventuell gegen eine verzerrte Berichterstattung zur Wehr setzen zu können. Aber weder die „Volksstimme“ noch die „Tagespost“ brachten auch nur eine Zeile über diese Veranstaltung.

¹¹³ Diese Bemerkung war insoweit zutreffend, als der NDP-Vorsitzende Dr. Bolz 1933 von den Nationalsozialisten aus der Anwaltskammer ausgeschlossen worden war und dann zunächst nach Danzig, später in die Sowjetunion emigrierte. Dort wurde Bolz Mitbegründer des „Nationalkomitee Freies Deutschland“. Laut einem Bericht Schollwers für die Landesleitung der LDP „über den 1. Tag des 1. Landesparteitages der NDP-Brandenburg“ kamen nach Angaben des NDP-Geschäftsführers 80 Prozent der Mitglieder aus den Reihen der Parteilosens; 23% der Mitglieder seien Frauen und 10% „Umsiedler“. AdL 647-3, S. 752.

¹¹⁴ Von Koerber hatte im Herbst 1948 zusätzlich zu seinen bisherigen Aufgaben auch noch die Leitung des Parlamentarischen Sekretariats der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP (PA) übernommen. Das Büro der PA befand sich im

Hause der Parteileitung in Berlin, Taubenstraße 48/49. In der ersten Hälfte des Jahres 1949 war Koerber immer seltener in der Potsdamer Margarethenstraße; seine meiste Zeit verbrachte er damals in Berlin. Zu den Aufgaben der PA gehörte es, die Tätigkeit der Landtagsfraktionen und der LDP-Fraktion in der DWK zu koordinieren.

¹¹⁵ „Der Spiegel“ Nr. 27 vom 30.6.1949, S.3, berichtet, daß den „westlichen Eisenbahnern (...) für drei Monate die Auszahlung ihres vollen Lohnes in Westmark und ihre persönliche Sicherheit garantiert“ wurde.

¹¹⁶ Laut Protokoll vom 17. August über die Vorstandssitzung vom 15. d. M. verlas Dr. Mühlmann den „einstimmig vom Wahlkomitee“ gebilligten Vorschlag, demzufolge von Koerber für das Amt des 1. Vorsitzenden, Mühlmann für den 2. Vorsitzenden benannt worden seien. Wie sich dieses „Wahlkomitee“ zusammensetzte, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Vgl. AdL 6947–4, S.853.

¹¹⁷ Auszug aus dem o. a. Protokoll: „Herr Kieblock: Möchte wissen, warum Herr Schollwer nicht als Kandidat aufgestellt worden ist.“ Diese Frage wurde vom Vorsitzenden übergangen. Vgl. AdL 6947–4, S.854.

¹¹⁸ Gemeint ist offenbar die Entschließung des Parteivorstandes der SED zum Goethejahr vom 10. März 1949, in der es u. a. hieß: „Die großen fortschrittlichen Ideen Goethes ... sind heute in der sozialistischen Arbeiterbewegung lebendig ... Die SED steht an der Spitze aller fortschrittlichen Kräfte im Kampf um eine neue Kultur ... Durch den realen Humanismus des Marxismus wird auch die Humanitätsidee der klassischen deutschen Dichter für unsere Geschichtsepoche verwirklicht werden.“ Zitiert nach „Chronologische Materialien zur Geschichte der SED“, S. 123.

¹¹⁹ Vom November 1943 bis Mai 1944 hatte Schollwer als Obergefreiter an einem Lehrgang für Reserveoffiziersbewerber in Neuruppin teilgenommen. Nach Beendigung des Lehrganges reiste er am 17. Mai 1944 über Potsdam und Berlin zur „Frontbewährung“ nach Ostgalizien.

¹²⁰ In seinem Bericht wies Mühlmann besonders auf den Einfluß hin, den die Tätigkeit der DWK auf die Arbeit der Landtage ausübte. Während in der zweiten Hälfte 1948 im Landtag Brandenburg noch eine ganze Reihe von Gesetzen vorabgeschiedet wurde, „ist seit Januar dieses Jahres ein deutliches Nachlassen der Geschäftstätigkeit festzustellen. Seit Januar ist der Verhandlungsstoff so knapp geworden, daß der Präsident den Landtag zum Teil nur jeden zweiten Monat einzuberufen braucht.“ Zitiert nach: LDP-Informationen Nr. 19 vom Oktober 1949, S.317.

¹²¹ Wörtlich erklärte Mühlmann: „Fraglos würde unsere Partei mehr erreichen, wenn sie in den Parlamenten stärker vertreten wäre. Darum wünschen wir Neuwahlen, weil wir der Hoffnung sind, erheblichen Stimmengewinn zu erzielen und dadurch in den Volksvertretungen größeren Einfluß zu gewinnen.“ Ebenda.

¹²² Eine Delegation des Deutschen Volksrates, zu der auch Dr. Hamann gehörte, war am 1. September 1949, dem zehnten Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf Polen, nach Warschau gereist. Dort nahm sie an einem Kongreß teil, der anläßlich des Zusammenschlusses von 11 polnischen Widerstandsverbänden in die polnische Hauptstadt einberufen worden war.

¹²³ Der großzügige Rahmen des Parteitages (am Sonnabendabend z. B. fuhren Delegierte und Gäste auf Einladung der LDP zwei Stunden lang auf einem Haveldampfer in die Ruppiner Schweiz) stand in einem bemerkenswerten Widerspruch zu der angeblich so prekären Finanzlage des Landesverbandes, die von Koerber im Juni veranlaßt hatte, allen Mitarbeitern der Landesleitung zu kündigen. Mit der Finanznot war auch im Juli die Entlassung von drei Mitarbeitern begründet worden.

¹²⁴ Laut Monatsbericht der Landesleitung vom August zählte die Brandenburger LDP am 31.8.1949 13875 Mitglieder, 468 Ortsgruppen und 62 Betriebsgruppen. 7% (965) der Parteimitglieder waren ehemalige Angehörige der NSDAP, 3% (517) Jugendliche unter 21 Jahren. Der Landesverband verzeichnete im August 241 Neuzugänge und 123 Abgänge, davon 2 durch Parteiausschluß, 29 unter Angabe politisch-persönlicher Gründe und 69, die ohne Begründung aus der Partei austraten. Der größte Prozentsatz der Mitglieder (21,7%) waren Angestellte, 19,5% Bauern und 16,9% Handwerker und Gewerbetreibende. 9,4% waren Arbeiter und 1,2% Unternehmer. AdL 6947-4, S. 897.

¹²⁵ Die Einladung zu dieser Sitzung des Hauptausschusses mit der Tagesordnung 1) Beratung einer Verfahrensordnung für Parteigerichtsangelegenheiten (Dr. von Stoltzenberg) und 2) Die politische Lage und ihre Forderungen (Dr. Hamann) stammte bereits vom 9. September 1949 (!). Das Einladungsschreiben enthielt lediglich den Vermerk, es sei „unbedingt erforderlich, daß jedes vom Parteitag in diesen Ausschuß gewählte Mitglied an der Tagung teilnimmt.“ AdL 6947-4, S. 949.

¹²⁶ In der am 12. Oktober von der Provisorischen Volkskammer einstimmig bestätigten Regierung erhielt die LDP folgende Ressorts: Stellvertretender Ministerpräsident (Kastner), Finanzministerium (Loch) und Ministerium für Handel und Versorgung (Hamann).

¹²⁷ Vgl. Agsten/Bogisch, (wie Anmerkung 44), S. 335: Viele Liberaldemokraten hätten „den revolutionären Prozeß ‚endlich‘ zum Abschluß gebracht wissen“ wollen. Selbst Loch habe am 15.10. vor dem thüringischen Landesvorstand erklärt: „Das revolutionäre Stadium ist endgültig abgeschlossen. Der Zustand der Evolution ist da und der Zustand demokratischer Gesetzmäßigkeit.“

¹²⁸ Nach Agsten/Bogisch verfolgten Kastner und Hamann „offensichtlich das Ziel, als Verhandlungspartner westdeutscher politischer Kräfte akzeptiert zu werden“. Das habe auch im Frühjahr 1949 zu der „pauschalen Feststellung“ Kastners geführt: „Wir dürfen den deutschen Politikern im Westen nicht denselben Patriotismus absprechen, den wir für uns in Anspruch nehmen“, a. a. O., S. 317.

¹²⁹ Von den 19 Kabinettsitzen in der Regierung Grotewohl (SED) reservierte sich die SED 10. Die CDU erhielt 4, die LDP 3, NDP und DBP je einen Kabinettsitz.

¹³⁰ Laut Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes wurde unter TOP 2 („Die künftige Arbeit innerhalb des Landesverbandes“) u. a. mitgeteilt, die Parteileitung habe vorgehabt, alle Kreisvorsitzenden und Kreissekretäre nach Berlin einzuladen, „ähnlich wie es die CDU und wohl auch die SED gemacht haben sollen“. Dieses Vorhaben sei jedoch am „Geldmangel“ gescheitert. Statt dessen verschickte die Parteileitung Anfang November 1949 hektografierte Argumentationshilfen an die Parteiverbände (u. a. 15 Seiten „Fragen und Antworten“ (im Anhang abgedruckt) und ein 9-Seiten-Papier „Was wird aus Deutschland?“). – Koerber schlug Regionaltagungen in Cottbus, Potsdam, Templin „und vielleicht auch Kyritz“ mit den Kreisvorsitzenden, Ortsgruppenvorsitzenden sowie Bürgermeistern und Kreisräten der LDP vor. AdL 6947-4, S. 1019. Die erwähnten Papiere ebenda, S. 1100-1123.

¹³¹ Eine Darstellung dieses Teiles der Blocksitzung brachte ein Rundschreiben des Landesverbandes vom 11.11.1949 („Sitzung des Landes-Antifa-Blocks am 26.10.1949“). Danach hatte die SED-Zeitung „Märkische Volksstimme“ am 29.10.1949 über diese Sitzung „nicht den Tatsachen“ entsprechend berichtet, der Landesblock habe den Blockausschüssen der Kreise und Gemeinden empfohlen, „die Vertreter der NDP und DBP mit beratender Stimme zu ihren Sitzungen heranzuziehen“. AdL 6947-5, S. 1133.

¹³² Der Deutsche Volksrat hatte auf seiner 9. Tagung am 7. Oktober die fälligen Wahlen auf den 15. Oktober 1950 verschoben. Nach Art. 51 der Verfassung der DDR werden die Abgeordneten der Volkskammer „in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes“ gewählt.

¹³³ Der Text der endgültig verabschiedeten Resolution liegt nicht vor. Wie jedoch dem SMAD-Bericht des Landesverbandes vom 8. 11. 1949 zu entnehmen ist, hat der geschäftsführende Landesvorstand erklärt, „daß die LDP Brandenburgs die Parteileitung und die neugebildete Regierung in ihren Bemühungen, den Aufbau unseres Vaterlandes zu fördern und die Einheit Deutschlands zu erkämpfen, mit besten Kräften unterstützen werde“. Danach ist die von Mühlmann vorgeschlagene Fassung offensichtlich verworfen worden. AdL 6947–5, S. 1125.

¹³⁴ Lieutenant hatte am 9. Oktober sein Amt als Finanzminister „aus gesundheitlichen Gründen“ niedergelegt. Das Schreiben Hamanns, in dem dieser von Koerber als Nachfolger Lieutenants in der Landesregierung vorschlug, war datiert vom 22. Oktober 1949. Mühlmann verlas den Brief Hamanns während der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes. Vgl. AdL 6947–4, S. 1051.

¹³⁵ Die von der Landesleitung ausgearbeiteten Vorschläge für eine neue Arbeitsverteilung im Landesvorstand bestanden aus mehreren Papieren. Danach sollten der Landesvorsitzende, seine beiden Stellvertreter und der Generalsekretär in Zusammenarbeit mit den Referenten der Landesleitung für bestimmte, festumrissene Aufgabengebiete verantwortlich zeichnen. Ferner wurde beschlossen, neun Arbeitsgemeinschaften zu bilden sowie die Kreisverbände in acht Gruppen zusammenzufassen, die jeweils von einem Vorstandsmitglied betreut werden sollten. AdL 6947–4, S. 1081–1085.

¹³⁶ Protokoll der Vorstandssitzung einschließlich der Rede Kastners und nachfolgender Diskussion, AdL 6947–4, S. 1047–1080.

¹³⁷ Nach Angaben Steffens auf der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes am 14. 10. 1949 betrugen die Schulden des Landesverbandes zu diesem Zeitpunkt insgesamt 30 000 DM; u. a. schuldete die Brandenburger LDP 5000 DM dem Volkskongreß. Die Beitragsrückstände aus den Kreisverbänden beliefen sich auf rd. 120 000 DM. Von der Parteileitung hatte die Landesleitung einen monatlichen Zuschuß von 6000 DM zu erwarten; insgesamt 40 000 DM dieses Zuschusses standen aber zu dieser Zeit noch aus. Somit war Monat für Monat die Gehaltszahlung an die Angestellten in Frage gestellt. AdL 6947–4, S. 1025.

¹³⁸ Dies war – soweit feststellbar – die letzte öffentliche Veranstaltung der LPD mit dem Thema „Eisenacher Programm“ im Lande Brandenburg. Zu jenem Zeitpunkt war die öffentliche Erörterung des LPD-Parteiprogramms bei der SKK und der SED bereits unerwünscht.

¹³⁹ Das Thema Landeszeitung stand 1949 wiederholt auf der Tagesordnung des Landesvorstandes. Alle übrigen Landesverbände besaßen zu diesem Zeitpunkt längst ein eigenes Blatt. Dem Landesverband Brandenburg bzw. den seit 1952 existierenden drei brandenburgischen Bezirksverbänden ist es dagegen bis heute nicht gelungen, eine eigene Parteizeitung herauszubringen.

¹⁴⁰ Laut Sitzungsprotokoll kam es während der Beratungen zu einer kurzen Diskussion darüber, ob und in welchem Maße Vorstandssitzungen in Zukunft noch von der Besatzungsmacht überwacht werden sollten: „Will (Perleberg) bittet um Auskunft, ob die Herren der Besatzungsmacht noch an unseren Sitzungen teilnehmen. Herr von Koerber: ... stellt fest, daß an sich gegen die Anwesenheit der Besatzungsmacht keine Einwände zu erheben sind und wohl auch gegen die Anwesen-

heit eines Vertreters des SNB (Sowjetisches Nachrichten-Büro), der immer zugegen war als Pressevertreter.

Herr Will fragt, ob das SNB Presse-Vertretung bedeutet.

Herr von Koerber betont, daß das SNB Nachrichtenmaterial über innerdeutsche Vorgänge sammelt, weiter betont Herr von Koerber, daß er annimmt, daß auch die sowjetische Kontrollkommission Interesse hat, an unseren Sitzungen teilzunehmen.“ AdL 6947–5, S. 1169.

¹⁴¹ Einzelheiten über das weitere Schicksal erfuhr Schollwer erst sechs Jahre später durch Gerhard W. selbst. In einem auf den 21. Dezember 1955 datierten, in West-Berlin aufgegebenen Brief stellte Gerhard die Ereignisse vom Dezember 1949 und danach folgendermaßen dar: In den Mittagsstunden des 27. Dezember sei er von zwei Beamten der deutschen politischen Polizei aufgefordert worden, sie ins Polizeipräsidium zu begleiten. Anstatt in die Priesterstraße ins Präsidium habe man ihn jedoch in die Lindenstraße gebracht. Dort, im ehemaligen Amtsgericht, unterhielt die Besatzungsmacht damals ein Gefängnis für deutsche politische Häftlinge. Beim ersten Verhör noch am gleichen Abend habe ihn ein sowjetischer Kapitän nach seinen Verbindungen zu G. in West-Berlin gefragt, der vermutlich mit dem amerikanischen Geheimdienst zusammenarbeite. Gerhard habe seine Kontakte zu G. als rein geschäftlich dargestellt. Einige Tage darauf, bei einem weiteren Verhör, wurde Gerhard 24 Stunden lang über Schollwer ausgefragt. Dabei habe der Offizier ihn beschuldigt, er sei ein Faschist und mache mit Schollwer gemeinsame Sache. Schollwer sei bereits verhaftet und hätte alles zugegeben. Wenn er nicht rede, werde man Schollwer ihm gegenüberstellen. Er sei jedoch auf diesen Trick nicht hereingefallen. Wieder einige Tage später sei er einem sowjetischen Staatsanwalt vorgeführt worden. Dabei sei Schollwers Name erneut gefallen, als man ihn aufgefordert habe, seine Einstellung zu den Gegnern der Sowjetunion darzulegen. Nach weiteren Wochen sei ihm erklärt worden, daß die Verhöre nun abgeschlossen seien. Danach sei ihm die Anklage vorgelegt worden. Sie habe auf „Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes zum Sturze der sowjetischen Regierung“ und „Gruppenbildung“ gelaute. Ende Juli bzw. Anfang August 1950 habe man ihm mitgeteilt, daß er von einem Sondergericht in Moskau zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sei. Um den 7. August sei er mit anderen Häftlingen in ein sowjetisches Gefängnis in Berlin-Lichtenberg und zwei Tage darauf mit etwa 150 weiteren Häftlingen per Bahn in die Sowjetunion verbracht worden, Endstation Workuta. Im Oktober 1955 sei er aus sowjetischer Haft nach Potsdam zurückgekehrt.

¹⁴² Polte wurde schon nach wenigen Tagen wieder freigelassen.

¹⁴³ Auch im Lande Brandenburg fanden damals solche Werbeveranstaltungen statt. Darüber heißt es im Monatsbericht des Landesverbandes an die SKK vom 9. 12. 1949: „Die von der Parteileitung gestartete Versammlungswelle am Ende des Berichtsmonats (November) führte fast überall im Lande Brandenburg trotz kurzfristiger Anberaumung und trotz zahlreicher organisatorischer Mängel zu einem guten Erfolg. In zahlreichen Orten und Städten wurden Teilnehmerzahlen an diesen Veranstaltungen festgestellt, die alle bisherigen übertrafen. Allgemein war die Stimmung der Versammlungsteilnehmer aufgeschlossen und als durchaus positiv zu bewerten. Es zeigte sich, daß in der Bevölkerung ein wachsendes Interesse für unsere Partei besteht.“ AdL 6947–5, S. 1189.

¹⁴⁴ S. Anmerkung 141. Das Gefängnis war nur etwa drei Minuten von Schollwers damaliger Wohnung entfernt.

¹⁴⁵ Den Verlauf seiner Gespräche mit dem sowjetischen Geheimdienst notierte Schollwer nicht in sein Tagebuch, sondern auf einen besonderen Papierbogen, der nach jeder Eintragung aus Sicherheitsgründen in ein Kissen eingenäht und im Frühjahr 1950 nach West-Berlin zu Verwandten gebracht wurde.

¹⁴⁶ „Brüder Tur“ war das Pseudonym für die sowjetischen Schriftsteller D. Tubelski und P. L. Ryschey, die in der UdSSR vor allem als Verfasser von Spionageromanen bekannt wurden.

¹⁴⁷ S. Anmerkung 19.

¹⁴⁸ Der dem Monatsbericht beigefügten „Monatlichen Statistik – Monat November 1949“ ist zu entnehmen, daß der Landesverband zu diesem Zeitpunkt 14099 Mitglieder zählte (474 Ortsgruppen und 68 Betriebsgruppen). 66,3% der Mitglieder waren männliche, 30,5% weibliche Erwachsene, 3,4% Jugendliche. 179 Zugängen standen 133 Abgänge gegenüber. Nur 8 Personen, die die Partei verlassen hatten, gaben dafür politische Gründe an. AdL 6947–5, S. 1190–1191.

¹⁴⁹ Von Koerber: „Mir hat eine maßgebende Persönlichkeit gesagt, er („Der Morgen“) sei viel zu sehr für den Westen eingestellt. Ich möchte Ihnen den Herrn nicht nennen, denn dann würden Sie noch erstaunter sein.“ Ebenda, S. 1197.

¹⁵⁰ Zum Projekt der „Brandenburgischen Landeszeitung“ berichtete von Koerber, er habe erreicht, daß der LDP die Zeitung zum Parteitag zugesagt worden sei. „Es fehlte nur noch die Unterschrift. In Karlshorst bin ich ein dutzendmal vorstellig geworden. Die Unterschrift konnte nicht so schnell gegeben werden, weil der zuständige General gerade in Rußland war und man erst dessen Rückkehr abwarten mußte. Inzwischen entstand die Deutsche Demokratische Republik. Ich wurde wieder und wieder vorstellig und mußte leider hören, daß jetzt nicht mehr Karlshorst, sondern es jetzt die Sache der Deutschen ist (sic!), die Lizenz zu erteilen. Ich bin bei Herrn Norden [N. war zu dieser Zeit Leiter der Hauptabteilung Presse im Amt für Information der DDR] gewesen ... zu wiederholtem Male. Letzten Endes habe ich mich mit Herrn Norden verkracht dabei, als ich von den Deutschen die Lösung der Frage erzwingen wollte. Ich habe recht unangenehme Aussprachen gehabt ... Ich habe sogar erklärt, die Zeitung ohne Lizenzerteilung auf die Beine zu stillen, aber es findet sich kein Drucker.“ Steffen ergänzte, daß zur Herausgabe der Zeitung auch noch ein Betriebskapital von 30–50000 Mark benötigt werde. Ebenda, S. 1200.

¹⁵¹ „Es haben sich im Verlaufe der Arbeitstagung eine ganze Reihe von Teilnehmern zur Diskussion gemeldet und auch solche gesprochen, die sich nicht zu Wort gemeldet haben. Ich habe eine Reihe öffentlicher Versammlungen in letzter Zeit mitgemacht, auf denen nicht einmal SED-Leute versucht haben, den Redner zu unterbrechen ... Wenn ein Gegner dazu in der Lage ist, müssen wir das erst recht können ... Wir können Differenzen zwischen uns und Ihnen durchaus in vernünftiger, ruhiger und sachlicher Form austragen ...“ Ebenda, S. 1206.

¹⁵² In diesem Referat setzte sich Schollwer unter anderem auch mit dem von der SED erhobenen Vorwurf auseinander, die LDP sei eine ‚Kapitalisten- und Unternehmerpartei‘. Er wies auf die soziale Schichtung der Partei hin, derzufolge nur 0,9% der Mitglieder Unternehmer, dagegen 13,2% Bauern, 13,7% Arbeiter (!) und 28,4% Angestellte waren. Über die von der LDP angestrebte künftige Wirtschaftsform für Deutschland erklärte er, man strebe eine „Synthese“ zwischen der ost- und der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung an, und zitierte aus einer Rede Kastners vom 8. 11. 1949 in Berlin: „Es wäre falsch, die Wirtschaftsstruktur der Sowjetunion auf Deutschland schematisch zu übertragen. Zwischen beiden Wirtschaftssystemen liegen Gegensätze, die unüberbrückbar sind.“ Stichworte zu diesem Referat sowie das Kastner-Zitat, in AdL 6947–5, S. 1222f.

¹⁵³ Kuny, Koch in der Freien Universität und Sonderling, hatte eine eigene Philosophie (Kunylogie) entwickelt, in der die „freie Liebe“ eine bedeutende Rolle spielte. Die Berliner Studenten hatten darum K. zu ihrem „Propheten“ erhoben und trieben mit ihm allerlei Schabernack. Man stellte den Mann auf ein offenes

Fahrzeug, animierte ihn zum Vortrag seiner „Philosophie“ und begleitete jeden Satz mit einem ohrenbetäubenden Jubel. So auch am 14. Dezember 1949 am Bahnhof Zoo. In einem Bericht des „Zeit“-Magazins vom 7. 12. 1973 über die Gründung der Freien Universität in West-Berlin („Statt eines Editorials“) heißt es dazu: „Und dieselben (Studenten) waren es, die um einen religiös-philosophischen Spinner mit Namen Kuny den letzten großen Studentenulk in Szene setzten, bei dem der Verkehr der Innenstadt lahmgelegt, die ‚Kunylogie‘ ironisch gepredigt wurde.“

¹⁵⁴ Dieser Antrag wurde vom Beirat, der unter Vorsitz von Gerlach tagte, nicht diskutiert, ein Beschluß wurde ebenfalls nicht gefaßt.

¹⁵⁵ Der vom Ausschuß erarbeitete Vorschlag, der keine Vorwahlen vorsah, wie die Kommunisten es verlangten, legte ein nach demokratisch-parlamentarischen Gepflogenheiten ablaufendes Verfahren bei der Aufstellung der Kandidaten und ihrer Wahl fest. Doch bereits am 30. November 1949 erließ das Ministerium für Volksbildung eine „Wahlordnung für die Studentenrats- und Fakultätsratswahlen im Wintersemester 1949/50“, die diesen Prinzipien vollkommen widersprach und zur Aufstellung der Kandidaten ausschließlich die kommunistischen Massenorganisationen FDJ, FDGB, Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands ermächtigte. Da die Parteileitung sich die Positionen des Zonenstudentenausschusses nicht zueigen machte, mußte dieser in späteren Sitzungen versuchen, aus der neuen Situation zu retten, was noch zu retten war.

¹⁵⁶ ADN: Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst: Nachrichtenagentur der DDR. Die zitierten Artikel befinden sich in Schollwers Akten, AdL 6947–5, ohne Seitenzahl.

¹⁵⁷ Diese Äußerung Koerbers ist nicht ganz zutreffend; nicht Hein, sondern Mühlmann war im Herbst 1949 zum Nachfolger des verstorbenen Dr. Schneider als Fraktionsvorsitzender gewählt worden. Hein war bis zu seiner Flucht nach Westberlin lediglich stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

¹⁵⁸ Laut Protokoll der Tagung des Kulturpolitischen Ausschusses äußerte sich dieses LDP-Mitglied auch zum Thema „Freundschaft mit der Sowjetunion“, und zwar in folgender Weise: „Trotz vielfacher starker persönlicher Bindungen zu Rußland können wir uns des Eindrucks einer gewissen Bevormundung nicht erwehren und möchten diese Freundschaft von seiten der SED nicht zu heftig an uns herangetragen wissen.“ Ein anderes Ausschußmitglied erklärte: „Wir wollen bei aller Freundschaft für die Sowjetunion unsere deutsche Kultur nicht vergessen.“ AdL 6947–5, S. 1266.

¹⁵⁹ In Schollwers Redemanuskript finden sich folgende Äußerungen: „Zu einem parlamentarisch-demokratischen Staat gehört vor allem auch die Möglichkeit, daß sich das Volk durch eine freie Wahl selber seine Regierung wählt, daß es selbst frei entscheiden kann, welche der Parteien die Führung erhalten soll ... Hitler sagte: Recht ist, was der Partei nützt! Nicht einer Partei oder einer Klasse hat das Recht zu nützen, sondern unterschiedslos allen Staatsbürgern. Das „gesunde Volksempfinden“ im 3. Reich war der Befehl der Bonzen der alleinseligmachenden Partei ... Nur ein Staat, der sich nicht vom Willen des Volkes getragen weiß, hat es nötig, religiöse Bekenntnisse zu bekämpfen. Er züchtet so nur Fanatiker und unerbittliche Feinde des Staates ... Wir wollen nicht, daß den Kindern eine Weltanschauung oktroyiert wird, die die Weltanschauung nur eines kleinen Teiles des deutschen Volkes ist ... Volksversöhnung bedeutet nicht Klassenkampf, sondern friedlichen Ausgleich bestehender Gegensätze durch ständige Verbesserung der sozialen Lage aller Schichten des Volkes ... Die Erziehung der Jugend zu friedliebenden Menschen muß auch die Aufgabe der FDJ sein. Sie sollte ihren Liederschatz einmal

überprüfen und die von Krieg oder Bürgerkrieg handelnden Gesänge ausmerzen.“ AdL 6947–5, S. 1274.

¹⁶⁰ Das Sonderparteigericht des Landesverbandes trat erstmals am 4. Februar 1950 in Potsdam zusammen. Zu diesem Zeitpunkt hatten allerdings bereits 4 der 5 angeschuldigten Abgeordneten die DDR verlassen. Vorsitzender des Parteigerichts war Dr. Mühlmann.

¹⁶¹ Der § 1 dieser Verfahrensordnung bestimmte, daß Parteimitglieder, „die sich durch ihr politisches Verhalten und Handeln in der Öffentlichkeit zu der Partei in offenen Widerspruch setzen und ihr dadurch Schaden zufügen, ... durch ein besonderes Verfahren aus der Partei ausgeschlossen werden (können), wenn ein besonderes Eingreifen der Partei zur Abwendung von Schaden erforderlich ist ...“ Das Verfahren fand jeweils auf Antrag des Landesvorsitzenden oder des Zonenvorsitzenden statt. AdL 6947–4, S. 976.

¹⁶² SNB: Sowjetisches Nachrichtenbüro, die offizielle Nachrichtenagentur der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland.

¹⁶³ Baumann, Hein, Orthmann und Priefert hatten nach ihrer Flucht im Westberliner RIAS zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen Stellung genommen.

¹⁶⁴ Vgl. Schollwers Bericht an die SKK im Anhang, Dokument 9.

¹⁶⁵ Die Entschließung hatte folgenden Wortlaut: „Die versammelten Kreisverbandsvorsitzenden, Kreissekretäre und Landtagsabgeordneten der LDP Brandenburg ... billigen die Maßnahmen, die der Landesverband und die berufenen Kommissionen gegen die 5 Abgeordneten ergriffen haben. Einstimmig wird das Verhalten der ehemaligen Parteimitglieder als parteischädigend verurteilt und ihr Ausschuß aus Partei und Landtag als notwendig und gerecht bestätigt.“ AdL 6947–5, S. 1314.

¹⁶⁶ Tatsächlich hatte Schollwer insbesondere seinen Freunden im Landesjugendbeirat gegenüber durchblicken lassen, daß er mit der „NKWD“ zu tun hatte. Damit wollte er verhindern, daß ihm in diesen Wochen irgend etwas mitgeteilt wurde, was die Informanten oder andere LDP-Mitglieder belastete. Wahrscheinlich hatte er auch in der Landesleitung ähnliche Andeutungen gemacht.

¹⁶⁷ In Brandenburg war am 24. 1. 1950 der „Landesvolksausschuß für Einheit und gerechten Frieden“ in einen „Landesausschuß der Nationalen Front“ umgebildet worden. Sinn dieser Umbenennung war die „Verbreiterung der Ausschüsse durch Hinzunahme weitester Bevölkerungskreise, vor allem der nicht parteigebundenen Teile; Verstärkung des Kampfes um Einheit und Frieden ...“. So Schollwer in einem Referat vom 19. 2. 1950, AdL 6947–6, S. 1361.

¹⁶⁸ Auf der Sitzung des Jugendbeirates der Parteileitung am 15. 12. 1949 war vorgeschlagen worden, daß die Landesjugendbeiräte sich darüber Gedanken machen sollten, wer unter den jugendlichen Parteimitgliedern als Nachfolgekandidat für die Volkskammer in Frage komme. Außerdem hatte Gerlach die Landesverbände gebeten, Vorschläge zur Besetzung des Postens eines hauptamtlichen Jugendsekretärs in der Parteileitung zu machen. Diese Position war seit Jahren vakant. Im Sommer 1948 hatte man diesen Posten dem Thüringer Bürgermeister Karl-Heinz Naase angeboten. Er hatte abgesagt.

¹⁶⁹ Worum es sich bei dem „Fall Richard“ im einzelnen handelte, geht aus Schollwers Unterlagen nicht hervor. Von der SED wurde dem CDU-Stadtrat jedenfalls „Sabotage“ vorgeworfen. Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung war zum 23. Januar 1950 zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden, auf der sich Richard vor der Öffentlichkeit verantworten sollte. Bevor Richard jedoch über-

haupt zu Worte kam, drangen kommunistische Demonstranten (SED-Betriebsgruppen-Mitglieder) in den Saal und begannen, die Stadtverordnetenversammlung in ein Tribunal gegen Richard umzufunktionieren. Stadtrat Brauer versuchte vergeblich, die Ordnung wiederherzustellen und forderte die Demonstranten sehr entschieden auf, den Saal zu verlassen. Am folgenden Tag berief die SED eine Protestkundgebung ein. Dort ergingen sich kommunistische Sprecher in finsternen Drohungen gegen Brauer. Sie bezeichneten den alten Herrn als „Verbrecher“ und „Reaktionär“, den man „aufhängen“ sollte.

¹⁷⁰ Diese Prognose traf zu. Am 3. Februar konnte Schollwer auf der Sitzung des Potsdamer Kreis-Antifa-Blocks Stadtrat Brauer im Namen des Kreisverbandes voll rehabilitieren.

¹⁷¹ Die Verpflichtungserklärung, die allen Parteifunktionären zur Unterschrift vorgelegt worden war, hatte folgenden Wortlaut: „In Übereinstimmung mit der vom Zentralvorstand der LDP in seiner Tagung am 25. 1. 1950 gebilligten Entscheidung gebe ich zu nachfolgenden Richtlinien meine Zustimmung: Die politische Arbeit der Partei bis zum heutigen Tage findet meine Zustimmung, besonders billige ich die großen Reformen zur Umgestaltung unseres politischen Lebens als Grundlage unserer Demokratie. Daraus ergibt sich als Folge, die weitere Durchführung der Reformen zu unterstützen. Ich vertraue der Leitung der Partei, daß sie mit ihren zukünftigen Maßnahmen die Politik auf der Grundlage des Eisenacher Programms in voller Offenheit durchführt. Ich verpflichte mich, für diese Politik meine Kraft einzusetzen und sie jedermann gegenüber zu vertreten. Vor allem trete ich für die Einheit Deutschlands ein und arbeite in der Nationalen Front für diesen Gedanken. Ich unterstütze alle der Sicherung des Friedens dienenden Maßnahmen. Ich sehe in der Oder-Neiße-Linie die Grenze, die dem deutschen Volk den Frieden sichert. Ich kämpfe gegen jede Verhetzung. Insbesondere bekämpfe ich jede Hetze gegen die Sowjetunion. Ich halte es für notwendig, daß unsere Mitglieder in stärkstem Maße in allen überparteilichen Organisationen, besonders auch in der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und in der Nationalen Front, mitarbeiten.“ Am 24. Februar übersandte Schollwer der Parteileitung seine „Zustimmungserklärung“. AdL 6947–6, S. 1340.

¹⁷² Die Fassung dieses Teils des Berichts stammte vom Landesvorsitzenden, der Schollwers Text verworfen hatte. Dort hatte es geheißen: „Die Einstellung der Bevölkerung zu den politischen Vorgängen im In- und Ausland muß nach wie vor im allgemeinen als passiv bezeichnet werden. In Mitgliederkreisen verstimmt immer wieder, daß die SED sich berufen zu fühlen glaubt, ohne weiteres Urteile über die politische Einstellung von Angehörigen der LDP abgeben zu können, während sie nur zu oft reaktionäre und korrupte Elemente in ihren eigenen Reihen totschweigt.“ AdL 6947–6, S. 1349.

¹⁷³ In einem Referat vor der „Zentralen Bereitstellung“ in Potsdam-Rehbrücke am 18. Februar 1950 führte Schollwer zur Propaganda der Nationalen Front aus: „Die Parteien müssen alles vermeiden, was die Einheit Deutschlands hindern könnte. So z. B. die Proklamierung des Klassenkampfes, der für die Menschen des Westens und für Millionen in der Ostzone nichts Verlockendes hat. Klassenkampf paßt zur Nationalen Front wie der Leierkasten zum Philharmonischen Orchester – sie verursachen Mißtöne. Propaganda für die Nationale Front heißt nicht Presse- und Rundfunkhetze gegen den Westen. Wer schimpft, hat Unrecht. Auch im Westen gibt es genau wie hier – und genau so viel wie hier – anständige und ehrliche Deutsche, auch anständige deutsche Politiker. Auch dort gibt es noch Besatzungsmächte ... Die Nationale Front ist keine Kampffront gegen den Westen, sondern eine Kampfgemeinschaft mit dem Westen unseres Vaterlandes. Je sachlicher die

Propaganda, um so wirkungsvoller. Das deutsche Volk hat von dem Goebbelschen Propagandaministerium genug.“ AdL 6947–6, S. 1341.

¹⁷⁴ Das während der 62. Sitzung des Brandenburgischen Landtages verabschiedete „Gesetz betr. Erweiterung der Wahlkörperschaften im Lande Brandenburg“ bestimmte im § 1: „Bis zur Wahl vom 15. Oktober 1950 wird den Parteien, die bisher in den nachgenannten Wahlkörperschaften nicht vertreten sind, die Möglichkeit gegeben,

1. an den Sitzungen des Landtages, der Kreistage und der Gemeindevertretungen in Gemeinden von über 5000 Einwohnern mit je 2 Beauftragten, in Gemeinden von unter 5000 Einwohnern mit je einem Beauftragten beratend teilzunehmen;
2. an den Sitzungen der Ausschüsse des Landtages mit je einem Beauftragten teilzunehmen;
3. in alle Ausschüsse der Kreistage und Gemeindevertretungen je einen vollberechtigten Vertreter zu senden;
4. an den Ratssitzungen der Kreise, Städte und Gemeinden mit je einem Beauftragten beratend teilzunehmen ...“. Zit. nach: RS Nr. 9 des Landesverbandes Brandenburg der LDP vom 18. 2. 1950, AdL 6947–6, S. 1359.

¹⁷⁵ Das Parteigericht war im Februar zweimal zusammengerufen worden, am 4. und am 22. des Monats. In der ersten Sitzung wurden die beiden Landtagsabgeordneten Baumann und Gaedecke, die inzwischen nach Westberlin geflüchtet waren, aus der Partei ausgeschlossen. Außerdem der sechzigjährige Potsdamer Stadtverordnete Ferdinand G., der sich in öffentlichen Äußerungen gegen den Kurs der Parteiführung gewandt hatte. Ein der LDP angehörendes Ehepaar aus Calau, das wegen Bescheinigungen für Zonenflüchtlinge in die Schußlinie der SED geraten war, trat auf Anraten des Parteigerichts selbst aus der LDP aus. Am 22. Februar wurden nochmals zwei LDP-Mitglieder aus heute nicht mehr feststellbaren Gründen aus der Partei ausgeschlossen. In der Zeit vom 1. Januar bis Ende Februar haben nach einer Zusammenstellung des Landesverbandes Brandenburg vom 27. Februar insgesamt 17 LDP-Funktionäre die Partei verlassen. Sieben erklärten selbst ihren Austritt, zehn wurden ausgeschlossen, davon fünf nachträglich, nachdem sie in den Westen geflüchtet waren. Vgl. Schreiben Koerbers vom 27. 2. 1950 an die LDP-Parteileitung betr. „Parteigerichtsverfahren gegen Mitglieder der LDP des Landesverbandes Brandenburg“. AdL 6947–6, S. 1392.

¹⁷⁶ Laut Rundschreiben Nr. 11 des Landesverbandes vom 2. 3. 1950 waren zu diesem Zeitpunkt die folgenden Referate in der Landesleitung unbesetzt: Wirtschaftspolitik, Rechtspolitik, Verwaltungspolitik, Schulung, Frauen und Jugendfragen, Mitgliederbetreuung, Finanzverwaltung sowie der Posten des Landessekretärs für Organisation. AdL 6947–6, S. 1408.

¹⁷⁷ Darauf hatte Schollwer bereits auf der Landesvorstandssitzung am 16. 1. 1950 hingewiesen und im Hinblick auf für Januar geplante Gedenkfeiern für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erklärt, es sollten nicht nur „Politiker der früheren KPD gewürdigt werden, sondern auch verdiente Männer wie Naumann usw.“. AdL 6947–5, S. 1306.

¹⁷⁸ Die hier erwähnte Abneigung gegen den Bonner und Weimarer Parlamentarismus diene nicht nur als Alibi für die Forderung nach mehr Kontakten mit Westdeutschland. Die Bevölkerung der Ostzone war zwar überwiegend antikommunistisch, doch zugleich auch sehr skeptisch gegenüber der parlamentarischen Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik praktiziert wurde. „Parteienkrach“, das „Gezänk“ politischer Gruppen stießen überwiegend auf Ablehnung. Man wünschte Gemeinsamkeit, Einigkeit unter den Parteien, freilich ohne kommunistische Bevormundung.

¹⁷⁹ Die Parteileitung der LDP hatte im Februar 1950 in einem Schreiben an den Zentralrat der FDJ die Herabsetzung der Volljährigkeitsgrenze auf 18 Jahre vorgeschlagen.

¹⁸⁰ Dieser Vorschlag des Jugendbeirates kam genau so wenig zum Zuge wie frühere Nominierungen für den Posten des Jugendsekretärs der Parteileitung. Generalsekretär Stempel begründete die Ablehnung damit, daß die Einrichtung dieser Position aus finanziellen Gründen unmöglich sei. Aus diesem Grunde hatte der Beirat vorgeschlagen, den Jugendsekretär zusätzlich mit der Aufgabe „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ zu betrauen. Auch das änderte die ablehnende Haltung der Parteileitung nicht.

¹⁸¹ Die Lehrgänge an der Verwaltungsakademie begannen im Mai 1950. Sie dienten einer umfassenden Vorbereitung auf den Verwaltungsdienst. Die Bewerber wurden entweder durch eine Verwaltungsdienststelle oder durch eine Partei bzw. Massenorganisation vorgeschlagen. Eine Prüfungskommission entschied über die Zulassung eines Bewerbers sowie darüber, ob der Zugelassene an einem vier- oder zwölfmonatigen Kursus teilzunehmen hatte. Koerber stellte Schollwer eine recht positive Beurteilung für die Bewerbungsunterlagen zur Verfügung. In dem auf den 20. März datierten Schreiben wurde ihm entgegen der Überzeugung des Landesvorsitzenden u. a. bescheinigt, daß er „immer ein wertvoller Mitarbeiter“ gewesen sei, „der zu den besten Hoffnungen berechtigt“. AdL 6947–6.

¹⁸² Die Zentrale Parteischule Behrendorf wurde nach Übernahme des Grundstücks durch die Parteileitung am 15.8.1949 offiziell eröffnet. Bis Ende Dezember 1950 wurden dort 32 Grund- und Sonderlehrgänge durchgeführt, die von insgesamt 1083 Kursusteilnehmern besucht wurden. (Nach „LDP-Informationen“ Nr. 24, Dezember 1950: „1000 Parteifreunde besuchten die Zentrale Parteischule“.) Unterlagen über den Verlauf dieses Jugendlehrganges der Parteileitung (13.–25.3.1950) befinden sich nicht in Schollwers Besitz. Vermutlich entsprach jedoch der Schulungsplan weitgehend dem vom Zonenjugendbeirat auf seiner Sitzung vom 24. Januar 1950 ausgearbeiteten und beschlossenen Lehrgangsprogramm. Dieses sah folgende Themen und Referenten vor:

1. Marxismus – Liberalismus
 - Politökonomie: Dr. Walther Thürmer – Dresden
 - Geistiger Liberalismus: Schulrat Wolff, Parteileitung
2. Parteiprogramm
 - Kulturpolitik: Schulrat Wolff, Parteileitung
 - Wirtschaftspolitik: Dr. Schön, Parteileitung
 - Sozialpolitik: Ediger, Parteileitung
 - Präambel, Staat und Recht: Präs. Dieckmann oder Dr. v. Stoltzenberg
3. FDJ, Junge Pioniere, Entwicklung der Jugend, Sport usw.: Honecker
4. Aufgabe der Beiräte: Gerlach
5. Verfassung der DDR und Parlament: Dr. Liebler
6. Berufsausbildung, Lehrstellen: Hartmann
7. Referate von Vertretern der SED und der CDU über ihre Parteien
8. Politisches Referat: Parteivorsitzender
9. Materialistische und idealistische Geschichtsauffassung: Dr. von Stoltzenberg
10. Liberalismus heute: Dr. Loch

Soweit sich Schollwer erinnert, referierte Gerlach anstelle des nicht erschienenen Honecker. Dieckmann war einen Nachmittag und Abend in Behrendorf. Offenbar sprach er über die Präambel des Parteiprogramms. Das Referat über die CDU hielt Dr. Desczyk. Die Einführung in die Politökonomie gab wahrscheinlich der Leiter der Parteischule, Dr. Friedrich Thürmer. Das zitierte Lehrgangsprogramm findet sich im AdL 6947–5, S.1323.

¹⁸³ Am 24. März hatte sich der Führungsausschuß der LDP-Parteileitung für ein gemeinsames Wahlprogramm aller Parteien der DDR ausgesprochen. Er folgte damit einem Beschluß, den die CDU-Führung bereits drei Tage zuvor gefaßt hatte.

¹⁸⁴ Bereits am 1. Januar 1950 hatten sich Wilhelm Pieck für eine „Liste der demokratischen Einheit“ und am 6. Januar Franz Dahlem für eine „fortschrittliche und demokratische Einheitsliste“ ausgesprochen. Auf der Tagung des Zentralblocks am 14. März schlug die SED für die Wahlen am 15. Oktober erstmals ganz offiziell eine „Liste der demokratischen Einheit“ vor, zu der CDU und LDP zunächst noch keine Stellung nahmen. Auf Wunsch Koerbers mußte Schollwer übrigens diesen Satz aus seinem Berichtsentwurf streichen.

¹⁸⁵ Am 31. Januar 1950 hatte Eisler auf einer Pressekonferenz in Berlin auf die Frage eines Journalisten hin bestätigt, daß die FDJ zu Pfingsten Aufmärsche in „ganz Berlin“ plane. Honecker erklärte wenige Tage darauf, die deutsche Jugend werde zu Pfingsten den „Kriegshetzern“ eine Lehre erteilen, „wie sie Deutschland bisher noch nicht gesehen“ habe. Honecker ergänzte diese Drohung am 1. März durch eine weitere, indem er ankündigte, die FDJ werde notfalls „demokratische Zustände“ in Westberlin herstellen. In einem von Kurt Barthel alias Kuba in einem für das Deutschlandtreffen geschaffenen Lied hieß es darum folgerichtig: „Die Freie Deutsche Jugend stürmt Berlin“. Noch am 7. März versprach das Zentralorgan der FDJ, „Die Junge Welt“, ihren Lesern: „Wir, die Freie Deutsche Jugend, werden unsere Forderung nach Freigabe der (West-)Berliner Straßen und Plätze unbeirrt fortsetzen“. Dann verstummte plötzlich die Propaganda gegen Westberlin. Mitte April, nach einem Besuch Ulbrichts in Moskau, wurde der geplante Sturm der FDJ auf Westberlin endgültig abgeblasen. Die Sowjets hatten ihn verboten; sie wollten offenbar keinen Konflikt mit den westlichen Schutzmächten Berlins.

¹⁸⁶ Schollwer hatte in seinem Diskussionsbeitrag die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Probleme der Partei dadurch zu „relativieren“ versucht, daß er sehr betont die Bedeutung des „fortschrittlichen Liberalismus für die Beseitigung der Gegensätzlichkeiten zwischen Ost und West“ hervorhob. Er machte zugleich die Zukunft der LDP und des Liberalismus zu einer Art Glaubensfrage und appellierte an die Bereitschaft zur Mitarbeit. AdL 6947–6, S. 1463 f.

¹⁸⁷ Der in den Satzungen der Partei nicht vorgesehene Führungsausschuß (FA) der LDP war zu Beginn des Jahres 1950 gebildet worden. Er ersetzte praktisch den Geschäftsführenden Vorstand in Fragen von entscheidender politischer Bedeutung und wurde insbesondere dann tätig, wenn kurzfristig Entscheidungen zu fällen waren. Über die personelle Zusammensetzung des FA liegen keine Unterlagen vor. Sie dürfte der des späteren politischen Ausschusses der LDP entsprochen haben, dem neben dem Parteivorsitzenden vor allem auch führende Funktionäre der Parteileitung angehörten.

¹⁸⁸ Bereits drei Tage danach, am 7. April 1950, beschlossen die Vorsitzenden der Parteien in der DDR bei einer Besprechung mit Wilhelm Pieck die Aufstellung einer Einheitsliste für die Wahlen am 15. Oktober.

¹⁸⁹ Seit der Kontroverse mit von Koerber am 28. Februar 1950 durfte Schollwer an Sitzungen des Geschäftsführenden Landesvorstandes nicht mehr teilnehmen.

¹⁹⁰ Mühlmann hat am 15. April sein Versprechen wahrgemacht und – als Vorsitzender des Parteigerichts – die beschuldigten Funktionäre aus der LDP ausgeschlossen.

¹⁹¹ Zur Unterstützung Hilfsbedürftiger wurde im Oktober 1945 in der SBZ von den Blockparteien und dem FDGB die „Volkssolidarität“ gegründet. Die Organisation befand sich von Anfang an fest in den Händen der Kommunisten. Die Hilfsak-

tion „Wir bauen auf“ unterstand der „Volkssolidarität“. Sie war in den ersten Jahren vorwiegend mit Enttrümmerungsarbeiten beschäftigt.

¹⁹² Am 27.4.1950 erschien in der „Tagespost“ eine Notiz („Funktionärskonferenz der Blockparteien“), in der für Freitag, den 28.4., 17.00 Uhr eine „gemeinsame Blockfunktionärskonferenz“ im Stadtverordnetenversammlungssaal angekündigt wurde. Es heißt dann weiter: „Es ist die Pflicht aller Parteien und Organisationen, ihre Funktionäre zu entsenden. Tagesordnung: Gemeinsame Wahlvorbereitungen und gemeinsames Wahlprogramm. Sprecher: Herr Schollwer (LDP).“

¹⁹³ Am 14. April 1945, abends zwischen 22.00 und 22.45 Uhr, wurde der historische Stadtkern von Potsdam durch einen Großangriff anglo-amerikanischer Bomber fast völlig vernichtet. Während – mit einer Ausnahme – die Kasernen von den Bomben verschont blieben, wurden von insgesamt 32 000 Wohnungen 20 300 beschädigt. 4500 waren nach dem Angriff unbewohnbar. Etwa 15 000 Potsdamer waren obdachlos. Das schwer beschädigte Stadtschloß ließ die SED im Winter 1959/60 sprengen, den noch stehengebliebenen Turm der Garnisonskirche am 30. Juni 1968. Vom historischen Potsdam ist heute – von einigen wenigen Einzelgebäuden abgesehen – nur noch der Park von Sanssouci mit seinen Schlössern erhalten geblieben. Letzteres verdanken die Potsdamer übrigens dem sowjetischen Gardeoberleutnant Jewgenij Fjodorowitsch Luschuweit, der die Parkanlagen bei der Besetzung Potsdams durch die Rote Armee Ende April 1945 unter seinen persönlichen Schutz stellte.

¹⁹⁴ Diese Vermutung war richtig. Die SED-Zeitung „Märkische Volksstimme“ berichtete unter der Schlagzeile „Großer Erfolg der zweiten gemeinsamen Funktionärskonferenz der Landeshauptstadt“, daß auf dieser Tagung „Herr Schollwer (LDP) in einem vorzüglichen Referat die Zusammenarbeit skizzierte, die einen vollen Erfolg am 15. Oktober garantieren wird“. Über Schollwers kritische Bemerkungen brachte die Zeitung kein Wort.

¹⁹⁵ An den vom Block oder der Nationalen Front festgelegten „Aufklärungssontagen“ begaben sich jeweils Agitationstrupps in die Häuser, um mit den Hausbewohnern über von der SED festgelegte politische Themen zu diskutieren. Diese Gespräche verliefen normalerweise recht einseitig. Die Hausbewohner äußerten sich nur selten zu den Propagandaphrasen der „Aufklärer“ und warteten meist schweigend, bis die ungebetenen Gäste die Wohnungen wieder verlassen hatten.

¹⁹⁶ Mit Schreiben vom 5. Mai 1950 (Vertraulich – Verschlußsache) teilte der Minister des Inneren der LDP-Landesleitung mit, daß in der Anlage die „Personalunterlagen der Kollegen St., Sch., O. und Schollwer zurückgereicht“ würden, „da sie die Voraussetzungen für den Besuch der Deutschen Verwaltungsakademie noch nicht erfüllen“. Auf Schollwers Personalbogen fand sich die mit Bleistift geschriebene Notiz: „Vorschlag von der LDP – entf. f. DVA lt. R. mit LDP f. and. Funkt. vorgesehen“. Mit wem von der LDP das Innenministerium Rücksprache genommen haben will und für welche anderen Funktionen Schollwer damals vorgesehen war, läßt sich nicht sagen.

¹⁹⁷ Am 16. Mai 1950 nahm der Demokratische Block in Berlin „nach einer in voller Einmütigkeit verlaufenen Aussprache“ (Rundschreiben Nr. 21 des Landesverbandes Brandenburg der LDP vom 22. 5. 1950) einen Beschluß an, der zu den Wahlen folgende Erklärung enthielt: „Der Demokratische Block beschließt die gemeinsame Aufstellung von Kandidatenlisten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Diese Einmütigkeit wird der Festigung der demokratischen Ordnung, der Stärkung des Kampfes um die Einheit Deutschlands, dem Abzug der Besatzungstruppen und der Herstellung eines unabhängigen demokratischen Deutsch-

land im Sinne des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland dienen.“ AdL 6948–7, S.1559.

¹⁹⁸ In diesem Referat versucht Schollwer in teils idealistischer Weise die Aufgabe der Liberalen in einer Welt zu kennzeichnen, die vom Krieg bedroht ist. Die liberale Tradition des Individualismus versteht er als „ernsthafte und unerbittliche Selbsterziehung“ eines jeden einzelnen, die in der Summe zu einer ehrlichen und toleranten Gesellschaft führt. Er bejaht die Blockpolitik und spricht vorsichtig aus, daß der Einfluß der LDP in der DDR nicht ausreiche. Er warnt jedoch vor Resignation und Rückzug. Ein weiterer Schwerpunkt des Referates ist die nationale Einigung und das Verhältnis zu den Westdeutschen. Schollwer spricht sich für Beziehungen aus, die frei von Agitpropaganda sind. Wortlaut des Referates im AdL 6948–7, S.1575–1593.

¹⁹⁹ Der Bericht ist im Anhang abgedruckt.

²⁰⁰ In dem Rundschreiben Nr.22 vom 30.Mai 1950 wurden darüber hinaus die Kreisverbände und Ortsgruppen „bis zum 8.6. 1950 um namentliche Mitteilung derjenigen Mitglieder“ gebeten, „die die Unterschrift unter der Erklärung der Parteileitung nicht vollzogen haben bzw. nicht vollziehen wollen und daher von ihren Aufgaben und Pflichten als politische Funktionäre zu entbinden sind. Namen wie die sonst erforderlichen Angaben der an ihre Stelle tretenden Funktionäre sind baldmöglichst dem Landesverband mitzuteilen. Für diese Maßnahme erwarten wir volles Verständnis, denn für eine das politische Leben gestaltende Partei ist es untragbar, wenn ihre Funktionäre die Politik der Parteileitung nicht vorbehaltlos unterstützen. Die politische Bedeutung der bis zum 8.6.1950 erbetenen Vorlagen – Stellungnahme der Kreisverbände und größeren Ortsgruppen sowie die abschließende Aufstellung des Funktionärskörpers – braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Nichtbefolgen dieser Aufforderung wird als Verstoß gegen die Parteidisziplin angesehen.“ AdL 6947–7, S.1596.

²⁰¹ Am 6.Juni 1950 richtete Schollwer an den Geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes Brandenburg der LDP folgendes Schreiben: „Hiermit kündige ich meine Stellung als Landessekretär beim Landesverband Brandenburg der LDP mit dem 15.Juni zum 1.August 1950. Auf Grund meiner am 5.Juni mit Herrn Dr. Mühlmann gehabten Unterredung bitte ich um meine sofortige Beurlaubung bis zum Ausscheiden aus der Landesleitung am 1.August. Gleichzeitig bitte ich den Vorstand, mich von meiner Mitgliedschaft zum Hauptausschuß und zum Jugendbeirat bei der Parteileitung entbinden zu wollen.“ (AdL 6947, S.1602) Am 27.Juni teilte er den Vorsitzenden des Hauptausschusses und des Jugendbeirates mit, daß er seine Ämter in diesen Parteigremien „hiermit niederlege“. Der Landesverband weigerte sich übrigens, Schollwer das Juli-Gehalt zu zahlen, zunächst sogar auch das Gehalt für den Monat Juni. Er mußte beim Kreisverband ein Darlehen aufnehmen, um seinen laufenden Verpflichtungen nachkommen zu können.

²⁰² Der Termin des Eintritts in die Landesversicherungsanstalt wurde mehrfach hinausgeschoben. Auf eine schriftliche Rückfrage erhielt Schollwer am 17.August die Mitteilung, daß seine Einstellung in die LVA nach einer Intervention der Landesregierung mit der Begründung abgelehnt worden sei, man habe für ihn eine andere Aufgabe vorgesehen. Zwei Tage darauf erfuhr er, daß man ihm nach wie vor den Posten eines Landessekretärs der Nationalen Front zugedacht habe.

²⁰³ Der Verlag Eduard Stichnote wurde im Herbst 1950 von der SED als „amerikanische Spionagezentrale“ denunziert, vermutlich, um sich in den Besitz der zum Verlag gehörenden Druckerei – eine der modernsten und bedeutendsten der DDR – zu setzen. Der Firmeninhaber, Werner E. Stichnote, ging daraufhin in den Westen und erwarb dort „Bürgers Taschenbücher“, aus denen mit seinem Eintritt bei Ull-

stein 1954 die Reihe der Ullstein-Taschenbücher hervorging. Von 1968 bis 1971 war Stichnote Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels.

²⁰⁴ Laut „Der Spiegel“ Nr. 12/1984 vom 19.3.1984, S. 47, soll Kastner „in Gehlens Auftrag“ gearbeitet haben. „Seine Frau schaffte in BH und Hüftgürtel Dokumente über die West-Berliner Sektorengrenze, im Dienstwagen ihres Mannes.“

²⁰⁵ Im Mittelpunkt dieses Tages der „Deutsch-Polnischen Freundschaft“ stand das am 6. Juli 1950 von Grotewohl in Görlitz unterzeichnete Abkommen über die „deutsch-polnische Friedensgrenze“. Das Datum des 22. Juli wurde von der SED in Erinnerung an die Gründung der Volksrepublik Polen am 22. Juli 1944 gewählt.

²⁰⁶ § 9, Abs. 11 der Geschäftsordnung (nicht der Satzung, wie es fälschlich im Rundschreiben hieß) der LDP vom 27.2.1949 lautete: „Eine Wahl kann nur stattfinden, wenn bei Mitgliederversammlungen mehr als ein Drittel oder bei Vertreterversammlungen mehr als zwei Drittel der Stimmberechtigten anwesend sind. Werden diese Bedingungen nicht erreicht, so wählt innerhalb von drei Wochen eine zweite Versammlung oder ein zweiter Vertretertag ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden.“ AdL 6947–2, S. 541.

²⁰⁷ Nach diesem Schlüssel wurden der LDP in Kreistagen mit 30 Abgeordneten 4, mit 40 Abgeordneten 6 und mit 50 Abgeordneten 7 Vertreter zugestanden. Ähnlich ungünstig war der Schlüssel für die LDP in den Gemeinden. Bei insgesamt 9 Gemeindevertretern erhielt die Partei 2, bei 30 Gemeindevertretern 4 und bei 70 Gemeindevertretern 9 Abgeordnete. AdL 6948–7, S. 1642.

²⁰⁸ Erst am 18.9. wurde Schollwer per Post eine vorgedruckte Erklärung zugeleitet, mit der er nachträglich seine Zustimmung dazu geben sollte, daß sein Name auf den Wahlvorschlag der Nationalen Front für das Potsdamer Stadtparlament gesetzt worden war. Eine unausgefüllte Erklärung liegt bei den Akten Schollwers im AdL 6948–7, S. 1726.

²⁰⁹ Die in der Zeit vom 31.8. bis 12.9. laufende zweite Versammlungswelle in Potsdam diente der Darlegung der politischen Ziele des Regimes durch die Kandidaten der Nationalen Front. Nach der vorangegangenen Berichterstattungskampagne war es deren Aufgabe, vor der Bevölkerung Bekenntnisse zur Nationalen Front, zur Blockpolitik, zur „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ der DDR sowie vor allem zur sowjetischen Deutschlandpolitik abzulegen.

²¹⁰ In seiner „Kandidaten-Rede“ vermied Schollwer die obligatorische Aufforderung, am 15. Oktober den Kandidaten der Einheitsliste die Stimme zu geben. Statt dessen lautete seine Schlußpassage doppeldeutig: „Geben Sie Ihre Stimme ab für den Frieden, für die Einigung unseres Vaterlandes und für eine bessere Zukunft der Menschheit. Entscheiden Sie im Bewußtsein der großen Verantwortung, die Sie damit für unser Volk und für den Frieden tragen!“ (AdL 6948–7, S. 1693). Er glaubte damals, mit diesen Formeln die Zuhörer zum Nein oder doch wenigstens zur Stimmenthaltung aufgerufen zu haben. Die von Schollwer in seiner Rede erwähnten Wahlergebnisse unter Hitler mit ihren „99,8% Ja-Stimmen“ wurden am 15. Oktober tatsächlich auch von der SED fast erreicht: nämlich 99,72% Ja-Stimmen für die Einheitsliste.

²¹¹ Auf Vorschlag und durch Vermittlung einer Kollegin aus der Landesleitung hatte Schollwer sich am 14. September für eine Tätigkeit im Volksbildungsministerium des Landes Brandenburg beworben. Entgegen allen Erwartungen war diese Bewerbung erfolgreich. Wenige Tage vor seiner Flucht nach Westberlin erhielt er bei einer Vorsprache im Ministerium am 25. Oktober die Mitteilung, daß er mit einer Anstellung rechnen könne.

²¹² Piecks vier Seiten umfassender, gedruckter Brief trug das Datum vom 1. Oktober 1950; er wurde an alle Haushaltungen in der DDR verteilt. Der DDR-Staatspräsident versuchte darin nicht nur die Angst der Bevölkerung vor einem neuen Krieg für die Abstimmung am 15. Oktober nutzbar zu machen, sondern hielt auch nicht mit eindrucksvollen Versprechungen zurück. Im Zusammenhang mit dem ersten Fünf-Jahres-Plan kündigte Pieck eine Verdoppelung der industriellen Produktion gegenüber dem Jahr 1936, die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung um 25%, eine Erhöhung des Volkseinkommens um „mehr als 60%“, den Ausbau des Verkehrswesens, die Schaffung einer Hochseeflotte sowie das Planziel an, daß sich Ein- und Ausfuhr „vervielfachen“ würden. AdL 6948–7, S. 1731–1734.

²¹³ Eine fieberhafte Erkrankung bot Schollwer Gelegenheit, sich von einem Arzt Arbeitsunfähigkeit attestieren und so von weiteren Auftritten im „Wahlkampf“ befreien zu lassen.

²¹⁴ Die Wähler erhielten Stimmzettel ausgehändigt, auf denen lediglich die Kandidaten der Nationalen Front für die Volkskammer, für den Landtag, den Kreistag und die Gemeindevertretung aufgeführt waren. Wahlumschläge waren nicht vorrätig und Kreise zum Einzeichnen der Ja- oder Nein-Stimme nicht vorgesehen. Die Benutzung der Wahlzelle bedeutete unter diesen Umständen fast eine offene Demonstration des Wählers gegen die Einheitsliste. In ganz Potsdam wurden darum auch nur 62 gegen die Kandidaten der Nationalen Front gerichtete Stimmen und 40 ungültige Stimmen festgestellt. Wahlberechtigt waren in Potsdam-Stadt 93 672 Personen, von denen 89 656 = 95,71% ihre Stimme abgaben. 89 554 Potsdamer „stimmten“ für die Kandidaten der Nationalen Front.

²¹⁵ Eine indirekte Bekanntgabe dieses Schrittes durch die DDR-Behörden erfolgte Ende Januar 1951 in der „Tagespost“ durch eine Mitteilung des Rates der Landeshauptstadt Potsdam vom 25.1.1951 („Neuer Stadtverordneter“), derzufolge „der Stadtverordnete Wolfgang Schollwer (LDP) ... aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden“ sei. Wenige Tage nach der Flucht erschienen übrigens Beamte des MGB in der Wohnung von Schollwers Mutter in Potsdam, um ihn zu sprechen.